

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Besinne dich!

Halt! Steh still, mein Freund! Durchraue nicht vergebens Das Dasein mehr! Besinne dich für wen? Sei einer von den Wachen dieses Lebens. Die, voll im Leben, frei darüber stehen.

Es ist etwas allen Menschenkindern gemeinsames, das unausgesprochene Sehnen, der angeborene Drang des Menschenherzens nach dem Glück. Als hoffnungsfroher Glücksjäger betritt der Jüngling die Gesilde des Lebens, um das Glück zu erringen; spielend, tändelnd — er kann es ja nicht verfehlen. — Da, etwas gleißendes, schimmerndes spreizt sich vor seinen Augen — der äppige Genuß — und Arm in Arm mit ihm durchrauft er in sinnlosem Taumel die Tage der Jugend und wähnt sich im Besitze des Glücks. Doch der Wahn ist kurz. Der niedrige Genuß weicht mehr und mehr die unerfülllichen Dämonen der Begierden und der arme Sklave des Sinnengenusses endet nun seine leichtfertige Jagd in den Sümpfen des Elends. — Das ist das Schicksal des Genußmenschen, des Egoisten, des Trägen, der in feiger Bequemlichkeit dem harten, ehelichen Lebenskampfe aus dem Wege geht.

Das Leben schenkt nichts. Nimmer wirft es dem Feigling das Glück in den Schoß. Kampf ist das Leben! Kampf, für wen? Besinne dich! Schau um dich in's Leben. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen. Schon sein Dasein verbannt er der Familie, sein Werden der aufopfernden Fürsorge und Pflege dieser Grund- und Lebenszelle des gesellschaftlichen Organismus. Und wie ein Organismus nur dadurch bestehen kann, daß die einzelnen Glieder die ihnen obliegenden Aufgaben und Funktionen verrichten, so auch die menschliche Gesellschaft. Pflichtbewußtsein, opferwillige Hingabe an das Ganze, Gemeinwohl, Standesolidarität und treue Waffenbrüderschaft mit den Streitern für das Gute und Gerechte — das sind die Wege, die allein in die sonnigen Höhen des Glückes führen. Denn einzig in dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung kostet der Sterbliche hienieden das wahre Glück.

Wohnungsfrage und Zuwachssteuer.

Die Wohnungsfrage zu lösen ist eine schwierige Sache; schwierig im Hinblick auf die sich mehrende Bevölkerung und die ungleichmäßige Verteilung des Zuwachses. Die letzte Volkszählung am 1. Dezember 1910 hat wieder gezeigt, daß der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich den großen Städten zugute kommt. Großberlin hat seit 1. Dezember 1905 um 506 976 Personen zugenommen; davon kommen auf die Vororte rund 480 000 Personen. München ist um 56 070, Nürnberg um 38 703 Personen gewachsen.

Die zunehmende Bevölkerung besteht zummeist aus Personen, die Broterwerb und Lebensunterhalt suchen müssen. Ihre Verhältnisse gestatten es zummeist nicht, daß sie sich lange vorher eine Existenz suchen oder eine Wohnung sich schaffen können. Viele sind gezwungen, von einem Orte zum andern zu wandern, dahin zu ziehen, wo es Gelegenheit zur Arbeit und zum Broterwerb gibt. Dieses Nomadenleben, jodann der Mangel an Geldmitteln, verbietet diesen, wie vielen tausend anderen, am Orte ihrer Niederlassung sich eine eigene Wohnung zu erstellen.

Die Wohnungsbeschaffung ist in die Hände von Privaten gelegt. Staat und Gemeinden nehmen in verhältnismäßig kleinem Umfang daran teil. An kleinen Orten übernimmt es der Maurer- oder Zimmermeister, ein oder mehrere Wohnhäuser zu bauen, die den Zuziehenden gegen entsprechendes Entgelt zur Verfügung gestellt werden. In der Stadt ist die Erstellung von Wohnungen Banmeistern, Bauunternehmern oder Gesellschaften überlassen. Je nach Konjunktur und Ausmaß auf Geschäftsgewinn wird gebaut, dem Wohnungsbedürfnis Rechnung getragen oder auch nicht. In den letzten Jahren, bei der großen Spannung des Geldmarktes, dem hohen Zinsfuß für Baukapitalien, den gestiegenen Preisen für Rohmate-

rialien, unter dem Eindruck von Streikandrohungen, bei der Unsicherheit über den Ausfall der Steuergesetzgebung in Staat und Reich und anderem, ist der Wohnungsbau durch Private an vielen Orten hinter den Bedürfnissen weit zurückgeblieben. Die Deffenlichkeit widerhallt von Klagen darüber, weil nicht bloß der Großteil der Mieter, sondern auch die Geschäftsteile darunter leiden. So wurden z. B. in München, in den 26 Stadtbezirken, am 1. Dezember 1910 nur 662 vermietbare Wohnungen, darunter 160 mit einem bis zu drei Räumen, zur Ver- Vorstand des Bayer. Landesvereins zur Förderung des Wohnungswezens, Dr. Graf zu Törring-Jettenbach, spricht in einem Schreiben an den Stadtmagistrat München von einer „außerordentlich scharfen Wohnungsnot“, da die leerstehenden mit den im Bau begriffenen 1750 Wohnungen nicht ausreichen, den Wohnungsbedarf des natürlichen Bevölkerungszuwachses zu befriedigen.

Die Folge ist ein fortwährendes Steigen der Mietpreise und ein enges Zusammendrängen der Bewohner in Häusern und Räumen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Münchens haust in Wohnungen mit zwei Räumen. In anderen Städten bestehen ähnliche Zustände.

Zum Kulturfortschritt dienen solche Verhältnisse nicht. In bevölkerten Häusern und Wohnungen gibt es oft Zank und Streit. Das Familienleben leidet, und auch die Sittlichkeit wird keineswegs gefördert. Die Verrohung jüngerer Jugend hat nicht zum wenigsten ihren Grund in den traurigen Wohnungsverhältnissen, in denen sie aufwächst. Ein richtiges Heimatgefühl, das beruhigend und berebend wirkt, kann beim Großteil der Arbeiterjugend gar nicht wach werden. Die wenigsten haben ein Vaterhaus, sie kennen oft nicht einmal eine Vater-Stage. Und dann: Fort muß er wieder, muß weiterziehen! Ein Umzug folgt dem anderen. Herr Lehrer Weiskopf in Jülich hat in fünf Knaben- und vier Mädchenklassen Erhebungen darüber angestellt, wie viele und wie oft Kinder umgezogen sind. Er hat festgestellt, daß z. B. in der sechsten Knabenklasse von 45 Knaben 24 drei- bis neunmal in einem Jahre umgezogen sind. Er verweist darauf, daß manche pädagogische Forderung der Neuzeit infolge dieser Zustände scheiterte, d. h. sie nicht erfüllt werden könne.

Auch gesundheitlich laiden die Wohnungsverhältnisse auf der städtischen Bevölkerung. Das zeigt sich insbesondere bei der Ausmusterung der Rekruten. Die Landbevölkerung stellt prozentual viel mehr Soldaten, als die städtische Bevölkerung. Daß die Wohnungsverhältnisse an dieser Tatsache allein nicht die Schuld tragen, ist ohne weiteres zuzugeben. Es ist aber einwandfrei festgestellt, daß im allgemeinen in den dichtbewohnten Häusern und Stadtteilen die Gesundheitsverhältnisse der Bewohner schlechter und die Sterblichkeitsziffer größer ist als sonst.

Die Intensität der Arbeit und der Produktion wird dadurch stark beeinträchtigt, und auch die Allgemeinheit treffende, volkswirtschaftliche Schäden sind die weitere Folge.

Ueber die Wirkungen von Wohnungsnot und Wohnungselend auf den einzelnen, auf die einzelne Familie soll jetzt nicht eingegangen werden; es lassen sich schon aus dem Gesagten Rückschlüsse ziehen.

Aber man wirft die Frage auf: wenn die Schäden auf dem Wohnungsgebiete so große sind, wenn sie die einzelnen so schwer treffen und belasten, warum greifen diese nicht selbst zu, sie abzustellen?

Die Frage ist berechtigt! Ein großer Teil der Wohnungsbedürftigen sieht gedankenlos und gleichgültig der Wohnungsfrage gegenüber. Ein anderer, wohl der größte Teil, schämt sich gewohnheitsmäßig über die herrschenden Wohnungsverhältnisse, über „Hausagrarien“, Staat und Gesellschaft, daß diese sie nicht befähigen. Nur ein ganz kleiner Teil legt selbst Hand ans Werk zur Abhilfe. Das sind die in den Baugenossenschaften vereinigten Gewerbetreibenden und Mieter. Nach der neuesten Zusammenstellung des R. Preuß. Statist. Landesamts gab es 1908 im Deutschen Reich nur 747 eigentliche einge-

tragene Wohnungs- und Baugenossenschaften mit 147 229 Mitgliedern. Was ist das bei so vielen!

Auf die Ursachen dieser Erscheinung kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es sei lediglich auf die Fluktuation und die bescheidenen oder ganz mangelnden Geldmittel der in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten hingewiesen.

Nicht unerwähnt darf jedoch bleiben, daß die Baugenossenschaften manchen Anfeindungen ausgesetzt sind. Viele Hausbesitzer machen gegen sie Front, weil sie in ihnen eine unliebsame Konkurrenz erblicken. Jeder stunde Kapitalist, der da kommt, und das Bauen anfängt, bleibt ungeschoren. Anders, wenn die Mieter selbst zusammenreten und gemeinsam bauen! Auch hier gilt der Satz: „Der Ober sticht den Unter“. So haben beispielsweise von den organisierten bayerischen Hausbesitzern nur die der Mehrheit sich für die Zulassung und Unterstützung der Baugenossenschaften ausgesprochen. Sie haben damit das ganz selbstverständliche Recht der Väter auf Selbsthilfe anerkannt. Der Zentralverband städtischer Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands dagegen hat ein dickes Buch herausgegeben, in dem gegen die Baugenossenschaften scharf Stellung genommen wird.

Bei der privaten wie der genossenschaftlichen Wohnungsbeschaffung spielt die Bodenfrage, die Beschaffung des Baugrundes eine große Rolle. Eine Bodenfrage besteht insbesondere in und um die großen Städte, sowie bei den aufstrebenden Industrieorten. Der Boden ist gebunden. Boden ist ein nicht jedem und allen zugängliches Gut. Er besitzt eine monopolistische Eigenschaft. Diese Eigenschaft hat die Spekulation rechtzeitig erkannt und sie zu ihrem Vorteil ausgenützt.

Mit Hilfe der Hochfinanz und privilegierter Bankinstitute hat die Spekulation viel Baugelände an sich gezogen. Sie hat in fast allen Entwicklungs- und erweiterungsfähigen Orten und Städten einen Ring gebildet, der das notwendig werdende Bauland umschließt. Wer bauen will, muß Bauland haben. Deßsen Verkauf hält die Spekulation aber so lange zurück, bis Bedürfnis und Nachfrage und damit der Preis so hoch gestiegen ist, daß ein entsprechend hoher Gewinn beim Verkauf herauskommt. Die Grunderverwerb wird also durch die Spekulation erschwert. Einer der Hauptaktionäre Berliner Terraingesellschaften, Kommerzienrat Gg. Haberland, sagt in seiner Ende 1910 erschienenen Schrift: „Die Wertzuwachssteuer“, von den Akerbürgern: „Sie haben meist nur das eine Bestreben, ihre Ländereien so lange zu behalten, bis ihnen ihre Veräußerung einen recht hohen Preis bringt.“

Er sagt das, um die Terraingesellschaften zu entlasten, die sich nur „mit der Ausschließung der Ländereien befassen.“ Das ist ja anerkennenswert. Wir wissen aber, daß die genannten Gesellschaften gegründet wurden zu dem Hauptzweck, durch Terrainspekulation Geld, viel Geld zu verdienen.

Es ist schon oft des näheren dargelegt worden, wie die Terraingesellschaften arbeiten, und wie durch ihr Wirken der Baugrundpreis gesteigert und so für die Gesellschaften Gewinne erzielt werden.

Die Münchener Terrainallianzgesellschaft Westend bezw. ihre Tochtergesellschaft Neu-Westend sah sich gezwungen, noch vor Schluß des Jahres 1910, eine Sanierungssaktion vorzunehmen. Wie vorher angeführt, stößt in München, insbesondere infolge der hohen Bodenpreise, die Bautätigkeit. Auch diese Gesellschaft kann ihre teuren Baugründe nicht loswerden. Dazu kommt, daß bei der neuen Steuerreform in Bayern das Besitzveränderungsabgabengesetz erweitert wurde. Auch das kommende Reichswertzuwachssteuergesetz wirft seine Schatten voraus. Mit dem Hinweis auf diese Steuern führte die Gesellschaft die erwähnte Aktion durch. Sie besteht darin, daß aus drei Aktien eine gemacht wird. Dabei verlieren die Aktionäre 9/10 Millionen Mark. Nachdem so die Grundstücke billiger gemacht wurden, soll nun auch Baugrund zum Kleinwohnungsbau billig abgegeben werden. Ja, die Gesellschaft denkt jetzt sogar daran, den Bau auch von Kleinwohnungen selbst in die Hand zu nehmen.

Arbeitgebern einfach unerlässlich ist. Der soziald. Abgeordnete Kolb führte ja gelegentlich der Verhandlungen über Bad. Rheinfeiden im bad. Landtage selbst aus: „Was der Herr Fabrikinspektor hier als Beamter getan hat, tut jeder einzelne Mensch von Charakter im Privatleben auch. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn mich einer anflügelt, dann ist damit für mich und jeden anderen Menschen der gesellschaftliche Verkehr und auch der sonstige Verkehr unterbrochen.“

Abgesehen von dem moralischen Gesichtspunkt, war dies Angstprodukt der Massenflucht wohl eine der größten Dummheiten, die sozialdemokratischereits während dieser Bewegung begangen wurden. Auf der einen Seite reißt man die Leute mit Gewalt aus den Betrieben heraus, auf der andern Seite fordert man die Mitglieder auf, die Verhandlungsbereitschaft zu verleugnen, damit sie weiterbeschäftigt werden und dadurch die Verbandskasse entlasten.

Dreierlei wurde damit erreicht: Erstens, daß diejenigen, welche sich diese Lügenmoral nicht zu eigen machten, sowie diejenigen, welche als eifrige Mitglieder und Vertrauensleute durch ihre Tätigkeit als solche bekannt waren, herausflogen und mit den Streitenden Posten stehen mußten. Während zweitens die „Schlaumeier“, denen die Lügenparole gerade gelegen kam, ihrer Selbstsucht zu fröhnen und sich ins warme Nest zu setzen, ruhig weiter arbeiteten, und daß damit drittens als gewichtigstes Moment, den Arbeitgebern willkommenen Gelegenheit gegeben war, die dringlichen Aufträge zu erledigen. Und so etwas nennen sozialdemokr. Führer dann „Kriegslist.“ — Wie wenig Geschmach die Forzhaimer Goldschmiede an einer solchen „Kriegslist“ fanden; geht daraus hervor, daß Hunderte dem soziald. Verband den Rücken kehrten. Dies scheint erst die Führer wieder zum Bewußtsein gebracht zu haben. Sie sehen jetzt die Kapitalböse, die sie geschossen und gerieten aus dem Häuschen. In einem Flugblatt wird nun ein Verzweiflungsauftrag an die Mitglieder erlassen, es heißt da:

„An unsere Mitglieder!

Kollegen und Kolleginnen! Die Halsstarrigkeit und der Haß gegen die Organisation der Arbeiter ist das Leitmotiv, welches die hiesigen Scharfmacher bestimmt hat, tausende ordentlicher, ehrlücher Arbeiter und Arbeiterinnen in brutaler Weise auf das Pflaster zu werfen.

Diese Woche soll der teuflische Plan der Scharfmacher, durch aushungern die Arbeiter zum Verrat an ihren Klassengenossen, den Kettenmachern, zu bestimmen, verboilständigt werden.

Die Aussperrung soll in vollem Umfange in Kraft treten. Damit glaubt man die Arbeiter zur Preisgabe ihrer Rechte veranlassen zu können. Wenn es ernst ist mit seiner Arbeiterehre, wer das Spiel der Scharfmacher durchschaut hat, der hilft mit, die Willkür und Freivolität der Scharfmacher zu brechen, der stellt sich Seite an Seite mit seinen ehrlüchen, kämpfenden Kollegen, der verläßt bis längstens zum 26. d. Mts. den Betrieb und wird damit nicht zum Streikbrecher.

Der Arbeitgeberverband hat am 31. Oktober d. J. im „Europäischen Hof“ folgenden Beschluß gefaßt:

„Falls in einem Betrieb eine allgemeine Kündigung (nicht nur der Kettenmacher und Kettenmacherinnen) erfolgen sollte, werden am 5. November d. J. sämtliche Kettenfabriken, am 12. November d. J. sämtliche übrigen Hülfsfabriken der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiterschaft kündigt.“

Dieser Beschluß bedeutet die Kündigung aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Kündigung haben wir für unsere Mitglieder akzeptiert und folgedessen hat jedes Mitglied das Recht, am 24. oder 26. d. M. seine Arbeitsstelle zu verlassen, auch wenn ihm persönlich nicht gekündigt ist. Der Zeitpunkt des Austritts richtet sich nach den Bestimmungen der einzelnen Betriebe.

Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes können und dürfen auch nach dem von ihnen gefaßten Beschluß nicht weiter beschäftigt werden, denn sie haben beschlossen, alle Mitglieder unserer Organisation zu entlassen.

Es haben also alle Mitglieder und in erster Linie diejenigen, die unserer Parole gefolgt sind und auf die Frage der Organisationszugehörigkeit mit „Nein“ geantwortet haben, unbedingt den Betrieb zu verlassen.“

Mit kindlicher Naivität wird hier versucht, den Kontraktbruch zu beschönigen, indem man sich, wie der Ertränkende an einem Strohhalm klammert, um aus dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes das Recht der kündigungsfreien Weglaufens von der Arbeit, abzuleiten. Ein vergebliches Bemühen, zu einer Dummheit häuft man die andere. Dem sich Sträubenden wird gesagt, legt ruhig die Arbeit nieder, für die Kosten kommt der Verband auf. Die Folge davon ist, daß der sozialdemokratische Verband laut Gewerbergerichtsurteil zinslos 16000 M. als Schadenersatz an die Arbeitgeber herausbezahlen muß, wiederum ein glorioser Schachzug sozialdem. Gewerkschaftsstrategie, der den Arbeitgebern unfeindlich aber sehr billig die Arroganz stärkte, etwas Besseres konnten sich die Unternehmer kaum wünschen. Zu bedauern sind nur die armen Opfer, die in ihrem blinden Kadavergehörigkeit und im janusförmigen Glauben an sozialdemokratische Unfeindlichkeit ihre Organisationszugehörigkeit verleugneten und nun gezwungen werden, vor ihrem Arbeitgeber, wie vor der Schenkung sich als Lügner zu bekennen. (Schluß folgt.)

Westfälische Drahtindustrie A.-G. Hamm i. Westf.

(Nachdruck verboten.)

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 09/10 verteilte die Westfälische Drahtindustrie 6% Dividende. Dieses nach Meinung der Aktionäre geringe Ergebnis hat bei demselben böses Blut erregt und auf der Generalversammlung ging es lebhaft her. Die Dividende war von den Aktionären und der Börse auf 8-10% geschätzt worden. Vor der Veröffentlichung des Geschäftsberichts erfolgte in der Hamburger Presse eine lebhafte Kommentierung des Dividendenresultates. Technische Werte, wie der Phönix,

der durch seine Abteilungen in Hamm, Livbstadt und Bielefeld einen erheblichen Teil der deutschen Drahtherzeugung kontrolliert, hat bekanntlich für das letzte Geschäftsjahr 15% Dividende ausgeschüttet. Ursprünglich waren 9% vorgesehen. Die Verwaltung des Phönix führte das bessere Ergebnis auf den enormen Gewinn der Draht erzeugenden Abteilungen zurück. Die Westfälischen Drahtwerke in Werne bei Langendreer brachten 10% zur Verteilung; die süddeutsche Drahtindustrie in Walldorf-Mannheim 8%. Unter Berücksichtigung dieser besseren Ergebnisse stehen die Angaben der Verwaltung der Westfälischen Drahtindustrie wegen der geringeren Dividende auf Widerspruch bei den Aktionären.

Für das Minderergebnis führte die Verwaltung nach der köstlichen Volksmeinung mancherlei Gründe an. Zunächst nehme an der diesjährigen Dividende auch das erhöhte Aktienkapital im Betrage von 2.200.000 Mark teil, obwohl diese Summe noch nicht als werbendes Kapital in Betracht komme, sondern auf der Bank gelagert habe, weil das abgelaufene Jahr ein Bankjahr war und auch das kommende Jahr ein solches sein werde.

Auch habe die Rigaer Zweigfabrik infolge Auflösung der russischen Drahtkonvention mit folgenden Kampfpreisen einen starken Rückgang am Ringemian gehabt, gegen das Vorjahr, dagegen hätten die Hammer Abteilungen einen erheblichen höheren Ringemian gewinn gehabt als im Geschäftsjahr 08/09.

Die Westf. Drahtindustrie sei mit ihrer Produktion auf den Export angewiesen. Die Weltmarktpreise seien aber in dem unruhigjudizierten Artikel verlustbringend gewesen.

Das Stahlwerkstättel habe den Knüppelpreis um 5 Mark die Tonne heruntergesetzt, bei gleichzeitiger Herabsetzung der Exportbonifikation. Erst nach lebhaftem Demonstrieren sei letztere wieder erhöht worden, aber der Knüppelpreis sei geblieben. Gegenüber dem Phönix befindet sich die Gesellschaft im Nachteil, weil sie die Rohmaterialien, Knüppel, Kohlen usw. zu hohen Preisen kaufen müsse, welche der Phönix selber herstelle.

Diese Gründe fanden aber keine Gnade bei den Aktionären. Ein Aktionär sprach die Vermutung aus, daß vielleicht Umstände besonderer Art, Verluste oder ungünstige Verhältnisse im Werk selbst, das schlechte Ergebnis verschuldet hätten. Ueber die Rigaer Drahtindustrie wurden weitere Aufschlüsse verlangt und die Abschreibungen als zu niedrig bemängelt. Aus den Reihen der Aktionäre wurde ferner darauf hingewiesen, daß die geringe Dividende, welche zur Ausschüttung gelangt unter den Aktionären nicht nur Enttäuschung, sondern Erbitterung hervorgerufen habe. Wenn auch infolge der Erhöhung des Aktienkapitals eine geringere Dividende, als ehemals erwartet worden sei, so hätte man eine derartige Enttäuschung doch nicht erwartet. Die neuen Aktien seien zu 157,1% (d. h. eine Aktie im Werte von 1000 Mark sei zum Betrage von 1575 Mark an die Aktionäre abgegeben worden, es kommt demnach eine Verzinsung der Kapitalanlage von 3 1/2% heraus) in den Verkehr gekommen. Mit der Beschaffung der neuen Mittel sei man zu eilig vorgegangen. Für die Neu- und Erweiterungsbauten hätte die Verwaltung zuerst das Bankguthaben in Anspruch nehmen sollen, und mit der Einziehung des neuen Geldes warten sollen usw.

Demgegenüber bemerkte der Vorsitzende des Aufsichtsrates Herr Geheimrat Winterfeld, er könne nicht anerkennen, daß die Abschreibungen zu niedrig seien. Er halte es nicht für ratsam, Abschreibungen auf Grund und Boden in hohem Maße vorzunehmen, da man damit recht doch nur dem Staat in die Hände arbeite, der bei etwaiger Veräußerung die Wertzuwachssteuer einziehe: 3% Abschreibungen auf Gebäude und 10% auf Maschinen seien durchaus angemessen. Zudem habe die Steuerbehörde gemahnt, bei den Abschreibungen sich etwas mehr Zurückhaltung aufzulegen. Was das Rigaer Werk angehe, so habe es sich zwar befriedigend verzinst, sei aber im Ertrage gegen früher zurückgeblieben. Ins einzelne gehende Mitteilungen über das Rigaer Werk lehnten Aufsichtsrat und Verwaltung ab, da sonst das Werk geschädigt werden könne. Der Wettbewerb sei bereits darauf aufmerksam geworden, daß in Riga gewisse Vorteile hergestellt werden, an denen etwas zu verdienen sei. Einige dieser Vorteile stelle daher der Wettbewerb neuerdings auch schon her, worauf das schlechtere Ergebnis des Rigaer Abschlusses mit zurückzuführen sei. Aus dem neuen Aktienkapital habe das Werk noch ein Bankguthaben von über 2 Millionen Mark. Es sei nicht nur leidenschaftlich, sondern auch unwirtschaftlich, zuerst zu bauen und sich dann erst das Geld zu beschaffen.

Danach steht also fest, daß die Dividende für das werbende Kapital 7 1/2% betragen konnte; die Kapitalerhöhung kann für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht als werbendes Kapital angesehen werden. Die mittlere Lage der sogenannten reinen Werte, welche im Inlande teures Rohmaterial kaufen müssen, und für die vereinigten und fertigen Waren z. B. Absatz auf dem Weltmarkt suchen müssen, zu minderer Verlust bringen und Preisen, sind aber in der Dauerfrage ihre Enttarnung in der Preispolitik unserer Rohstoff- und Halbfabrikatverbände.

Folgende Eingabe, welche die Vereinigung zur Schramm der Interessen der Walddrahtverarbeiter

an den Verband deutscher Walddrahtwerke richteten, wirkt interessante Streiflichter auf die Situation im deutschen Drahtgewerbe.

„Infolge der außerordentlich billigen Preise, welche unser ausländischer Wettbewerb zurzeit im Ausland für Walddraht zahlt, sind die Preise für gezogene Drähte und für Drahtstifte im Auslande auf einem Stande angelangt, welcher es uns bei der jetzigen Ausführungsvergütung von höchstens 2,15 M. unmöglich macht, mit den ausländischen Werten in Wettbewerb zu treten. In Belgien und Holland liefern, wie sie ja selbst am besten wissen, das Werk in Dugree und die französischen Werke Walddraht zu Frs. 120, also zu M. 96 die Tonne frei Werk. (Dies entspricht nahezu dem Preise für Knüppel hier in Deutschland.) Sie selbst sind dadurch gezwungen gewesen, — um ihren Absatz im Auslande nicht zu verlieren —, zu ungewöhnlich höheren Preisen frei Gent-Brügge zu liefern.“

Die deutschen reinen Drahtzichereien und Stichtfabriken zahlen bei Ihnen unter Berücksichtigung der Ausführungsvergütung höchstens 10% Markt die Tonne, also rund 10 Mark mehr, als das Ausland. Die Folge dieser Preisstellung ist, daß die belgischen und holländischen Werke auf unserer Kosten sich in den letzten Jahren unverhältnismäßig vergrößert haben. So hat zum Beispiel das Werk in Gent-Brügge in den letzten Jahren seine Herproduktion von Drahtstiften von 10.000 T. auf 20.000 T. gebracht und hat sich damit zu einem maßgebenden Betrieb auf dem Weltmarkt zu unseren Ungunsten emporgeschwungen. Die gesamte Drahtstiftherstellung Belgiens hat sich auf etwa 50.000 Tonnen jährlich gehoben. Die Ausfuhr von Drahtstiften ist in Belgien gleichfalls dementsprechend gestiegen, und zwar von 21.213 T. im Jahre 1904 auf 27.358 T. im Jahre 1907; sie hat sich dann im Jahre 1904 auf 32.113 T. und im ersten Halbjahre 1909 auf 17.360 T. (gegen 15.808 T. im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1908) weiter erhöht. Daß die Lieferung von Draht und Drahtstiften nach Großbritannien allmählich vollständig in die Hand der belgischen und holländischen Werke übergeht, daß jedenfalls die „reinen“ deutschen Werke ausgeschaltet werden, ist demnach nur noch eine Frage der Zeit, falls ihre deutschen Mitnehmer von Walddraht nicht durch irgendwelche Maßnahmen in die Lage versetzt werden, im Auslande weiter erfolgreich als Wettbewerber aufzutreten. Die Möglichkeit, dazu, welche durch eine internationale Verständigung gegeben zu sein können, ist aber nach Beendigung des internationalen Abkommens für den Verkauf von Drahtstiften für den englischen „Home Trade“, welchem übrigens auch nicht alle Werke beigetreten waren, geschwunden.

„Die unterzeichnete Vereinigung der Verbraucher von deutschem Walddraht erachtet es für durchaus notwendig, daß Sie und gegebenenfalls der Stahlwerkerverband unter diesen Umständen durch eine Unterstützung die Möglichkeit gewähren, im Auslande weiter erfolgreich als Wettbewerber aufzutreten; sie beantragt demgemäß, die jetzige Ausführungsvergütung in entsprechender Weise zu erhöhen. Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß Ihnen die Gewährung einer erhöhten Ausführungsvergütung schon deshalb möglich ist, weil Sie in der Lage sind, Ihre Preise für Walddraht im Inlande, mit Rücksicht auf die bestehende Preisvereinigung, unverhältnismäßig hoch gegenüber den sonstigen halbfertigen Erzeugnissen des Eisengroßgewerbes zu halten.“

Diese Eingabe spricht Bände. In ihr liegt auch der Schlüssel für die Verhältnisse des heimischen Drahtgewerbes.

In nachfolgenden Ausführungen sei die Entwicklungsgeschichte der Westf. Drahtindustrie von der Gründung an geschildert. Sie werden manches klären und vor allem unseren Kollegen in der Agitation manche Fingerzeige geben.

Die Westf. Drahtindustrie in Hamm Westf., ein sogenanntes reines Drahtwerk ist wohl eins der ältesten und bedeutendsten dieser Art, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, wurde am 12. Dezember 1872 mit Wirkung vom 1. Juli d. J. als Westfälischer Drahtindustrie-Verein begründet. Die Gesellschaft übernahm das Drahtwerk Witte, Hoberger und Herbers in Hamm, welches um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstanden war, zum Preise von 7.500.000 Mark. Das Stammkapital betrug bei der Gründung 6.000.000 Mark. Im Jahre 1874 wurde die Rigaer Zweigfabrik errichtet. Die Gesellschaft hat zweimal ihr Aktienkapital erhöht: einmal um 1.900.800 Mark, im Jahre 1882 und das zweite Mal im Jahre 1909 um 2.000.200 M., jedoch das Aktienkapital jetzt 10.000.000 Mark beträgt. Auf dem Werke ruht eine Antieheftschuld von 3.000.000 M., welche am 30. 6. 1910 bis auf 2 Mill. 520.000 Mark amortisiert (abgetragen) war. Das Gesamtvermögen der Westf. Drahtindustrie ist in der Bilanz vom 30. Juni 1910 mit 17.480.655,84 M. bewertet. Davon entfallen auf das Rigaer Werk 3.463.378,89 M. Das Vermögen ist aber entchieden höher. In der Bilanz (Vermögensausweis) ist z. B. sowohl das Mobilium als auch das Geplantum je nur mit 1 Mark bewertet. Die 11 Beamten und Arbeiter-Wohnhäuser, darunter eine Villa, die allein über 100.000 M. wert ist, stehen nur mit

47 034 Mt. zu Buch. Das ist nicht einmal der Grund-

Der Grundbesitz der Westf. Drahtindustrie be- trägt in Hamm 249.161 Quadratmtr., in Riga 150.000 Quadratmeter. Nebst sind in Hamm 102.825, in Riga 29.000 Quadratmeter. Das Werk hat 5 Draht- walzenstraßen, 31 Dampf- und 30 elektrische Ma- schinen, Grob-, Mittel-, Fein- und Krappendrahzzüge, Stift-, Seil- und Stacheldrahtfabriken, Verzinkereien usw. und ist im Besitze eines besonderen patentierten Härteverfahrens. Am 30. 6. 09 waren in Hamm 70 Beamte und 2142 Arbeiter, in Riga 22 Beamte und 630 Arbeiter beschäftigt. Am 30. Juni 1910 war die Arbeiterzahl auf 2831 gestiegen. Vom 1. Juli 1899 bis zum 30. Juni 1910 wurden für Neu- bauten, Maschinen usw. 3 547 314 Mt. ausgegeben, ab- geschrieben wurden in derselben Zeit 2 925 763 Mt.

Produziert wird Walzdraht, gezogener Draht in allen Stärken, verzinkter und Stacheldraht, Stifte, Splinte, Galen, Sejen, Seile usw. Die Produktion, die Arbeiterzahl und die durchschnittliche Produktion seit dem Jahre 1892/93 ist in nachstehender Tabelle an- gegeben; frühere Zahlen standen nicht zur Verfü- gung. Beachtenswert sind die Schwankungen sowohl bei der Gesamtzeugung als auch bei der Durch- schnitterzeugung pro Arbeiter. Schlüsse können jedoch nur mit großer Vorsicht gezogen werden, weil die Gesellschaft ihr früher ausgedehntes Puddlingswerk eingestrichelt hat, und im letzten Jahrzehnt die Verfeine- rung resp. Weiterverarbeitung der Produkte außerordentlich gepflegt hat.

Table with 4 columns: Jahr, Arbeiterzahl, Produktion, Produktion pro Arbeiter. Rows from 1892/93 to 1909/10.

Unsere Kollegen können zur gegebenen Zeit und am gegebenen Platz die Zahlen in entsprechender Weise verwenden.

Seit ihrer Gründung in 38 Geschäftsjahren ver- teilte die Westf. Drahtindustrie folgende Dividende:

Table with 3 columns: Jahr, Dividende, Prozent. Rows from 1872/73 to 1909/10.

Wie insgesamt 278 1/2 %. Dabei fehlt noch die Dividende von 1879/80, welche nicht zu ermitteln war. Berücksichtigt man, daß 1878/79 5%, und 1880/81 9 Prozent verteilt wurden, so könnte man nun einen Schluß zu ziehen, als Durchschnittsziffer 7% für 79/80 einzusetzen, der Gesamtbetrag steigt dann auf 285 1/2 %. Das ergibt eine durchschnittliche Verzinsung des Aktienkapitals von 7 1/2 %. Gewiß kein schlechtes Geschäft.

Vergleichsweise seien die Zahlen von den Westf. Drahtwerken in Ferne bei Langendreer und der Süd- deutschen Drahtindustrie in Mannheim-Salzhof ein- gesetzt. Die ergründeten Westf. Drahtwerke wurden am 1. Juli 1896 gegründet und verteilten vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1901 = 0%. Vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1910 = 5, 2, 10, 15, 25, 25, 10 % und 10%, zusammen 118% oder durchschnittlich 21,3% für die 14 Geschäftsjahre. In derselben Zeit ver- teilte dagegen die Westf. Drahtind. 115 oder 10 bis Dreizehn Prozent im Jahresdurchschnitt. Die Süd- deutsche Drahtindustrie in Mannheim-Salzhof wurde begründet am 31. 10. 93. und verteilte an Dividende 0, 7, 5, 8, 10, 8, 4, 0, 5, 7, 8, 8, 4, 4 und 8%, insgesamt 81 oder 5,8% im Jahresdurchschnitt. Die Westf. Drahtindustrie zahlte in derselben Zeit 115 oder durchschnittlich 10,2% Dividende aus.

Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die West- fische Drahtindustrie nicht nur eine der ältesten, sondern auch eines der bestverwertendsten Werke der deutschen Drahtindustrie ist. Daran kann auch die durchschnittliche, etwas geringere Dividende gegen die vorgenannten Werke nichts ändern. Die Kritik- rung liegt im Vorjahr keine Ohren hören aller- dings aus der Begründung des Vorliegenden für die Bewertung der Abrechnungen Nationalbank über Abschreibungen fern.

Zweifellos wird durch vorstehende Dividenden- tabelle einwandfrei nachgewiesen, daß die Westfälische Drahtindustrie trotz der sozialpolitischen Lasten eine milchgebende Kuh für die Herren Aktionäre ist. Wenn irgend etwas geeignet erscheint, die Neben- art von der erdrückenden sozialpolitischen Belastung unserer Industrie auf ihren wahren Wert zurückzuführen, dann das Dividendenresultat ge- nannter Gesellschaft. Man beachte, von 1872 bis 1884 erbringt das Werk 63 Proz. oder 5 1/4 Proz. jährlich; in dieser Zeit gab's bekanntlich nur ganz primitive Zwangsversicherungseinrichtungen; von 1884-1894, der Zeit, wo Kranken- und Unfallver- sicherung schon wirkte, betrug die Dividende 54 1/2% = 5,45%. Von 1894-1910, die Zeit der unerträ- glichen Belastung, wie es immer heißt, brachte aber eine Verzinsung von 161% oder 10% im Durch- schnitt. Diese Zahlen sind beweiskräftig; sie bedürfen keines weiteren Kommentars.

Nachstehende Tabelle, welche die seit dem Jahre 1892/93 gezahlten Lohnsummen, den Jahresdurch- schnittslohn und die Verdienststeigerung oder Vermin- derung, sowie die Dividende enthält, bietet unseren Kollegen ebenfalls eine Menge brauchbares Material.

Table with 5 columns: Jahr, Lohnsumme, Durchschnitts- Lohn, Steigen oder Fallen in %, Divi- dende. Rows from 1892/93 to 09/10.

Diese Aufstellung ist nach mancher Seite hin außerordentlich lehrreich. Zunächst spiegelt sich die auf- und absteigende Curve im Wirtschaftsleben in den Durchschnittslöhnen getreulich wieder. Die höchste Steigerung des Lohnes mit 8,6 % brachte das Jahr 1905/06. Diese ist zum größten Teil zurückzuführen auf eine große, erfolgreiche Lohnbewegung der Drahtzieher in Hamm. Der Rückgang im Jahre 1908/09 der Zeit des größten Tiefstandes mit 4,9 Prozent ist im letzten Jahr nicht nur wieder eingeholt sondern noch um 3,1 % überschritten worden. Weitere Schlüsse aus den Tabellen werden wir zu geeigneter Zeit veröffentlichen. Mögen unsere Kollegen in der Drahtindustrie Deutschlands vorstehendes mit Be- boden prüfen, und ihre Organisation, den christ- lichen Metallarbeiterverband, ausbauen. Wer weiß, wie schnell Errungenes verteidigt werden muß.

Demagogentum.

In Hamburg hielt Genosse v. Elm in der wöchent- lichen Zusammenkunft der sozialdemokratischen Partei- und Genossenschaftsfunktionäre einen Vortrag über das dort besonders aktuelle Thema „Die Massen und ihre Führer“. Den Anlaß gab die Maßregelung des Gewerkschaftsbeamten Jhle durch die Ortsver- waltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterver- bandes. Sein Referat schloß v. Elm mit folgenden Ausführungen:

Die wirklich fähigen und ehrlichen Leute werden sich bedanken, als Handlanger des Massenwillens zu figurieren, und dann werden auf alten Gebieten Unfähige die poli- tische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewe- gung in den Sumpf, in die Anarchie führen. Wir müssen daher verlangen, daß auch die po- litische Presse ihre Schuldigkeit tut zur Auf- klärung der Massen. Nur wenn diese zur demo- kratischen Disziplin erzogen werden, können wir auf Er- folge rechnen. Und Einhalt müssen wir tun dem demago- gischen Treiben einzelner, die mit ihrer Massenverhüm- lung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Macht- losigkeit führen. Das liegt im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung.

Wie richtig v. Elm mit seinen Ausführungen die augenblicklich herrschende trostlose Mißere im roten Lager gekennzeichnet hatte, beweist gleich der erste Disziplinärredner Liebscher. Dieser rufte aus: „Eine Wandlung in den Anschauungen muß ein- treten, sonst sind wir am Ende der Ge- werkschaften angelangt!“

Zu den Freierzeugnissen, die die Massenver- hümmlung als Spezialität betreiben und dadurch die Arbeiterbewegung in den Sumpf führen, gehört in erster Linie die ultraradikale sozialdemokratische Dort- munder „Arbeiterzeitung“. Den Beweis hierfür er- bringt sie erneut in ihrer Nummer vom 7. Januar, welche wir erst jetzt von befreundeter Seite zugestellt erhalten. Sie besetzt sich, ziemlich post festum, mit einem Artikel unseres Verbandorgans vom 3. De- zember 1910, „Auf abschüssiger Bahn“ betitelt.

Unserem Artikel lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der holländische Diamantarbeiterverband be- schloß im Frühjahr 1910 auch gegen den Willen

der Unternehmer im August für alle Diamantarbeiter eine Woche Ferien einzuführen. Dieser an sich un- geheuerliche Beschluß wurde auch durchgeführt. Zu den „Sozialistischen Monatsheften“ trat nun im Heft 23 1910 ein holländischer Genosse, Hendrik Spielmann, auf den Plan und feierte diese Tat der Diamantarbei- ter als vorbildlich für die internationale Arbeiter- bewegung.

Giergegen wandten wir uns in unserem Artikel und nannten das Kind beim rechten Namen, nämlich einen ungeheuren Mißbrauch der in der Organisation verkörperten Machtmittel, der in den anderen Ge- werkschaften zu den verhängnisvollsten Komplikationen führen mußte. Wir jagten dann weiter wörtlich: „Denken wir uns nur, die Organisationen der Bäcker- gesellen, der Fleischer, der Arbeiter der Wasser- und Lichtanlagen oder der Verkehrsmittel, der Metzger, Apo- theker würden einfach durch Beschluß eine Woche lang die Betriebe still legen und in die Sommerfrische gehen; welche Folgen müßte das für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organismus haben! Die Konsequenzen sind gar nicht auszudenken, es wäre Anarchie, Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung.“

Wenn solche „Erfolge“, resp. die Organisation, die sie erringen, dann auch noch in Deutschland als vor- bildlich für die internationale Arbeiterbewegung hinge- stellt werden, wie es in den „Sozialistischen Monats- heften“ geschieht, so ist es wahrlich nicht verwunderlich, wenn die Unmohität und offene Gegnerschaft gegen die Gewerkschaftsbewegung nur neue Nahrung erhält. Die Ar- beiterchaft in ihrer Gesamtheit aber hat den Nachteil davon, den Scharfmachern wird nur Wind in die Segel gelassen und den Rufern nach Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterchaft ein günstiger Resonanzboden geschaffen.

Solche Vorbilder muß die vernünftig bei. nbe, un- terste Arbeiterchaft Deutschlands ganz entschieden ablehnen. Der christlich-nationalen Arbeiterchaft fällt die hochbedeut- same Aufgabe zu, den verderblichen Strömungen des Radika- lismus entgegen zu wirken und in den Arbeitermassen das Bewußtsein wach zu halten und zu vertiefen, daß wir bei der Hebung des Arbeiterstandes, wenn auch ent- schieden, aber dennoch maßvoll vorgehen und die not- wendigen Rücksichten auf das Allgemeinwohl nicht außer- acht lassen dürfen.“

Jeder vernünftig Denkende muß uns darin bei- pflichten. Anders das sozialdemokratische Dortmun- der Organ für Massenverhummung. Gleich ein- leitend fällt es über uns her, und schreibt:

„Deshalb schließen zurzeit die zentrumschriftlichen Gewerkschaftsblätter die tollsten Kapriolen um die Brauchbarkeit der „Christen“ als „gehörjame Ka- tholiken“, als Bewunderer des Kapitalismus und als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie mit der freien Aufbringlichkeit professioneller Prostituierten zur Schau stellen.“

Dieser eine Satz zeigt schon zur Genüge den „Bildungsgrad“ des Genossenblattes. Nachdem uns dann noch die Liebenswürdigkeit an den Kopf ge- worfen wird, wir handelten nach dem „Rezept iphi- bischer Hallunken“, „brünstiger Eiser“, und ähn- liche Geschmackslosigkeiten, wird der grobe Unfug der Holländer als prächtige Tat bezeichnet. Um zum Schluß mit der bereits bei allen sozialdemokrati- schen Blättern fertig stereotypiert stehenden Platte der Anpöbelung christlicher Arbeiterführer zu enden.

Wenn irgendwo der Satz v. Elm zutrifft, „da sieht man wieder, daß die Genossen ver- lernt haben, sachlich zu diskutieren“, dann auf das Dortmunder Organ des Byzantinis- mus vor dem König Demos.

Deswegen wollen wir es laufen lassen; mit dem Geschrei dieser unverantwortlichen Zeilenhändler wird den Arbeitern nicht geholfen. Doch Einiges zum Nach- denken wollen wir dem sozialdemokratischen Preis- reptil mit auf den Weg geben.

Da die Dortmunder Arbeiterzeitung nicht zur Allgemeinheit gehört, sintemalen sie gegen Kollektiv- Terminferien der Bäcker, Fleischer, Metzger, Apothe- ker et tutti quanti nichts einzuwenden hat, wird sie ja auch mit nachstehendem Beschluß einverstanden sein:

Da heute alle Redakteure, Reporter, Setzer, Cy- pedienten, Zeitungsträger und was da sonst noch kreucht und fleucht in den Tempeln der roten Schwarzkunst, organisiert sind, wird beschlossen, im Januar und ausgeführt im August:

- 1. Vom 1. bis 8. August haben alle in Parteibetrieben tätige Reporter, Buchhalter und Expedienten Ferien, auch gegen den Willen des Verlegers. Beschluß der Gewerkschaft „Verein Arbeiterpresse“.
2. Vom 9. bis 16. August werden sich alle in Partei- betrieben konditionierenden Buchdrucker, Schriftgie- ßer u. c. Ferien nehmen, auch gegen den Willen des Verlegers. Beschluß des Buchdruckerverbandes.
3. Da auch uns Ferien zustehen, nehmen wir Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter in Partibetrieben und dieselben vom 1. bis 8. Juli, auch gegen den Willen des Verlegers. Beschluß der Gewerkschaft.
4. In Anbetracht, daß im Monat November das Wetter am schlechtesten ist, beschließen die im Transport- arbeiterverband organisierten und in Parteibetrie- ben beschäftigten Zeitungsträger, vom 8. bis 15. November haben wir Ferien auch gegen den Willen des Verlegers u. c.

Wenn die sozialdemokratische Dortmunder „Ar- beiterzeitung“ ihre Spaten für Propagierung dieser Vorjudäe hergibt, kann's nicht schiefgehen, es muß gelingen ohne Streit. Darum auf zur Tat!! Wir dir das Volk, mit dir der Sieg. Und über das Re- sultat erlaube ich dir nach dem ersten Versuch Bericht.

Wir garantieren für die gespannteste Aufmerksamkeit der Allgemeinheit bei der Darlegung deiner Erfahrungen.

Bis dahin aber schweige.

Wenn von den roten Volksbeglückern derartig hienverbrannte Ideen propagiert werden, die nur den Scharfmachern Wasser auf ihre Mühlen liefern, so wird uns auch eine Dortmund „Arbeiterzeitung“ nicht hindern, Blödsinn Blödsinn, und Unfug Unfug zu nennen. Wir haben keine Lust, für sozialdemokratische Dummheiten mit zu büßen.

Aus der Metallindustrie.

Verbandsziffern des Stahlwerkverbandes in A Produkten.

Der Verband des Stahlwerkverbandes in Produkten A betrug, wie wir der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ entnehmen, im Dezember 1910 442 681 Tonnen Rohstahlgewicht, gegen 420 306 To. im November vorigen Jahres und 409 840 To. im Dezember 1909.

Table with 4 columns: Month, 1909, 1910, 1909, 1910. Rows include Jan, Febr, März, April, Mai, Juni, Juli, Aug, Sept, Okt, Nov, Dez.

Im ganzen Jahre 1910 betrug der Verband in Halbzeug 1 554 200 To. (i. V. 1 503 436 To.), in Eisenbahnmaterial 1 877 567 (1 847 440) To., in Formeisen 1 804 840 (1 614 702) Tonnen und der Gesamtverband in Produkten A 5 236 607 To. (4 965 578 To.).

Gewerkschaftliches.

Mehr Kleinarbeit

Es geht vorwärts! Mit rund 34 000 Mitgliedern trat unser Verband ein in das neue Jahr. Ein schöner Erfolg unserer Werbearbeit im verfloßenen Jahre — aber auch ein Ansporn für alle unsere Kollegen zu weiterer Werbe- und Aufklärungsarbeit in der kommenden Zeit.

Kleinarbeit, Agitation von Mund zu Mund im täglichen Verkehr mit den Berufscollegen kann mehr oder minder jeder Kollege betreiben. Verhältnismäßig leicht ist dies ja bei einer größeren Bewegung, wie z. B. bei der letzten großen Ausparungsandrohung gelegentlich das Werftarbeiterkampfes.

Häufig ergeben sich die Gelegenheiten, wo sich ein wirksames Wort für die Organisation anbringen läßt. Man braucht auf der Arbeitsstelle nicht gerade den Agitator jährlich hervorzutreiben — das ist nicht einmal empfehlenswert — und kann doch die noch abseits stehenden Mitarbeiter für sich und die Sache der christlichen Gewerkschaften gewinnen.

schaffen. — Da prahlt vielleicht ein anderer mit seiner Vergnügungssucht, mit der Summe Geldes, die ihm die oder die Festlichkeit gekostet; wieder eine Gelegenheit für den Gewerkschaftler, wo er aufhüpfen und dem Reichthum die Folgen seines Tuns in aller Sachlichkeit vorhalten kann, wo er ihm zeigen kann, daß auch Familie und „Stand“ berechnigte Ansprüche an ihn haben.

So ziehen sich also dem Gewerkschaftler beim täglichen Verkehr hunderte von Anknüpfungspunkten und Gelegenheiten, um den Indifferenten gleichsam dosenweise das Verständnis für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation beizubringen.

Nach bei der Hausagitation ist es wichtig, wenn der Gewerkschaftler für den Ideenzirkel des betreffenden Kollegen, den er für unsere Sache gewinnen will, Verständnis zeigt. Wer da direkt mit der Tür ins Haus fällt und den einseitigen, jährenen Kurzerwerbschaftler herauskehrt, der für alles andere nichts übrig hat, wird bei der Hausagitation noch weniger wie sonst Erfolge erzielen.

Der eifrige Kollege wird aber auch sein Verbandsorgan für die Agitation nutzbar machen. Es ist selbstverständlich, daß er es zuerst liest, studiert, und das Gelesene in der Agitation verwertet.

Und nun zum Schluß noch eine kleine Anregung. Wo klagt man nicht Leidauf, leidauf über den schlechten Versammlungsbesuch? Aber mit allem Klagen wird er allein nie besser werden — und mit den verlockendsten Anknüpfungen im Versammlungstafelchen unseres Verbandsorgans ist auch nicht viel geholfen.

Das Jahr 1910 hat uns ein gut Stück weiter gebracht, wir sehen, daß es vorwärts geht. Auf das neue Jahr stellen wir noch größere Hoffnungen; und sie werden sich auch erfüllen, wenn jeder Kollege seine Pflicht tut.

Die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Paderborn haben sich auf ihrem achten Delegiertentag am 18. Dezember 1910 in mehrfacher Hinsicht mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigt.

Katholische Arbeitervereine und Gewerkschaftsfrage.

Der heute im Gesellenhause zu Dortmund tagende achte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn warnt seine Mitglieder, den gegen neutralen Verbänden, wie Trier-Berliner Eisenbahnerverband, deutscher Militärarbeiterverband und Post- und Telegraphenarbeiterverband, Eis Berlin, beizutreten, da die Verbände keine Garantie bieten, wirklich neutral zu sein und zu bleiben.

„Der heute im Gesellenhause zu Dortmund tagende achte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn warnt seine Mitglieder, den gegen neutralen Verbänden, wie Trier-Berliner Eisenbahnerverband, deutscher Militärarbeiterverband und Post- und Telegraphenarbeiterverband, Eis Berlin, beizutreten, da die Verbände keine Garantie bieten, wirklich neutral zu sein und zu bleiben.“

In einem Referat über die Aufgaben der Zukunft wies der Vortragende, Herr Tideman präses Klein, mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation auf christlicher Grundlage hin.

Gewerkschaften; 5. Aufklärung der Frauenwelt über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation; 6. vor allem aber käme es darauf an, daß die Mitglieder zur Opferwilligkeit erzogen würden.

Wenn diese begrüßenswerten Anregungen in der Praxis beherzigt werden, dann wird der in letzter Zeit in jenem Bezirk eingetretene Aufschwung der christlichen Gewerkschaften weiter anhalten.

Die Berechtigung der Arbeiterorganisationen

und ihre gemeinnützige Wirksamkeit wird allmählich doch immer mehr anerkannt. Kürzlich hat, wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, die „Kartell- und Bundschau“, eine seit Jahren in deutschen Industriekreisen sehr geschätzte Zeitschrift, diesen Gedanken mit erfreulicher Offenheit vertreten.

„Beide Faktoren, Arbeiter und Unternehmer, müssen zusammen wirken, und es gilt daher auch, eine richtige Form zu vereinbaren, in welcher Weise der Arbeiter seinen Anteil am Unternehmerertrag erhalten soll.“

Es ist sehr zu begrüßen, wenn dieser dem gewerblichen Frieden und damit dem Volkswohl dienende Standpunkt in Unternehmerkreisen immer mehr durchdringt.

„Frei“gewerkschaftliche Monopolisierung des Arbeitsmarktes

Die den „freien“ Gewerkschaften infolge ihres Uebergewichts auf dem Arbeitsmarkt sich hier und da schon bietende Möglichkeit, denselben vermittelst des Organisationszwanges für sich zu monopolisieren, wird in der neuesten Nummer (1) des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der freien Gewerkschaften“ in einem Rückblick auf das Jahr 1910 besonders hervorgehoben und begrüßt.

„... ein anderes kommt unserer Organisationsarbeit in höherem Maße als bisher zugute. — das ist der Einfluß unserer Tarifvertragspolitik auf die bisher unorganisierten Arbeitermassen. In tarifliche geregelten Arbeitsgebieten ist auf die Dauer kein Raum für organisationslose Elemente. Wer unter tariflichen Bedingungen arbeitet, muß sich auch der Organisation anschließen, die Schöpfer, Träger und Erhalter des Tarifs ist.“

Daß bei diesen Tarifabschlüssen die „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften befreit sein werden, als die allein berechtigten Kontrahenten aufzutreten und andere Gewerkschaftsrichtungen beiseite zu schieben, wird zwar nicht gesagt, ist aber nach dem, was bisher geschehen ist, sicher.

klattes" schleimigst die Lehre ziehen. Sonst laufen sie Gefahr, den Satz kosten zu müssen: „Entweder rot oder kein Brot!“

„Soziale Praxis“ und Sozialdemokratie.

Bereits in der Nummer vom 24. November hat der Herausgeber der „Sozialen Praxis“ in einem Aufsatz über die Beziehungen der Sozialpolitik zur „Sozialen Praxis“ bitter bemerkt, daß ein großer Teil der Sozialdemokratie wie ein Bleigewicht an dem sozialpolitischen Fortschritt hänge. „Indem er verblendet Haß und Verachtung gegen alles, was das Bürgertum an nationalen und idealen Gütern heilig hält, in die Arbeitererschaft hineinragt und der großen Kulturbewegung für eine wirtschaftliche und geistige Befreiung der Arbeitermassen den Stempel gewalttätiger Drohungen und der Klassenherrschaft aufträgt, zwingt er Staatsgewalt und Bürgertum zur Abwehr und Selbsterhaltung auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung. Frankreich hat dies jüngst im Eisenbahnerkampf erlebt. Und dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie führt dann auch zur Abweisung gerechter Forderungen für die Arbeitererschaft; mit den der sozialdemokratischen Forderungen folgenden Scharen leiden unter solcher Weigerung auch die Arbeitermassen, die im Rahmen der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung eine Besserung ihres Loses erstreben.“

In der Nummer vom 15. Dezember kommt die „Soziale Praxis“ in Erörterung der Rede des Reichskanzlers über Sozialpolitik und gegen die Sozialdemokratie abermals auf das Thema zu sprechen. Und wieder äußert sich diese, durchaus für den sozialpolitischen Fortschritt eintretende Zeitschrift: „Daß gegenwärtig Haltung und Tun der Sozialdemokratie das schwerste Hemmnis der Sozialreform sind, haben wir erst kürzlich betont, und jede Eindämmung der revolutionären Bewegung schafft Raum für Reformbestrebungen.“

Es ist so. Nur mit tiefem Bedauern und mit innerm Ingrimm kann der überzeugte Sozialreformer dem wahnwitzigen und verwüthenden Treiben des Radikalismus innerhalb der Sozialdemokratie und bis über ihre Grenzen hinaus zusehen. Wenn es überhaupt jemals wahr gewesen wäre, was Bismarck einmal gesagt, daß es ohne Sozialdemokratie keine soziale Reform gegeben, so wäre es längst nicht mehr wahr. Ohne Sozialdemokratie größere Fortschritte in Sozialreform und Sozialpolitik! So sieht die Sache. Wer also mit der Sozialdemokratie geht, er sei Unternehmer oder Arbeiter, der dient nicht dem sozialen Fortschritt, sondern der fördert die soziale Reaktion, die Hemmung des sozialen Fortschritts. Andererseits ist die Fäulnis und Föderung der christlichen Organisationen das einzig wirksame Mittel, dieser Schädigung der Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie ein wirksames Paroli zu bieten.

„Wissenschaftliche“ Agitationsblätter der Sozialdemokratie und die Wissenschaft.

Mit alten Schlägern und Ladenaßern der „Genossen“, die auch in der „wissenschaftlichen“ Literatur derselben zu finden sind, räumt in der ersten Nummer des neuen Jahrganges der „Sozialistischen Monatshefte“ Eduard Bernstein auf in einem Artikel: „Die Volkswirtschaft und die Gewerkschaften“. Gegenüber dem sozialdemokratischen Satz: „Die Maschine wirkt der Arbeiter aufs Flaster“, schreibt „Genosse“ Bernstein:

„Daß im Einzelfall durch die Maschine oder ihr entprechende technische Neuerungen (Chemie, Elektrochemie usw.) Arbeiter außer Ordnung gesetzt werden, kann man alle Tage erleben. Aber wie steht es mit der Rückwirkung auf die Arbeitererschaft im allgemeinen? Statt eines Rückschlusses zeigt das Zeitalter der Maschine ein fortgesetztes Steigen des Procentatzes der gewerblichen Arbeiter zur übrigen Bevölkerung. Im Vierteljahrhundert von 1882 auf 1907 ist die in Industrie und Bergbau beschäftigte Bevölkerung Deutschlands mit ihren Angehörigen von 16 auf 26,4 Millionen Köpfe oder um 65 Prozent gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur um nicht ganz 36 Prozent zunahm. Eine Umwälzung, die wir Sozialdemokraten als Partei der Arbeiter uns gern gefallen lassen können, die wir auch heute oft genug selbst bezogen, ohne daß wir aber bisher mit dem einst buchstäblich ausgeprochenen Satz, daß das moderne Arbeitsmittel den Arbeiter erschlägt, gebührende Abrechnung gehalten hätten. Fortlich läßt sich diese Abrechnung nicht so oberflächlich machen, sondern mußfließt einen ganzen Sommer von Fragen, die dabei sorgfältig zu untersuchen sind. Jedenfalls aber müssen wir zugeben, daß, um es bildlich auszudrücken, hier eine noch uneingelöste Schulb der sozialistischen Theorie vorliegt.“

In hohem Grade dubios (zweifelhaft), so führt Bernstein weiter aus, „ist jener der bei uns eben sozialistische Forderungen, der da lautet: Verdrängung der gelehrten durch ungelernete Arbeiter in den Fabriken, die von der Maschine ergriffen sind.“

Bernstein ist dagegen folgender Meinung: „Tatsächlich wechselt was die Entwicklung des Verhältnisses der ungelerten zu den gelehrten Arbeitern anlangt, in diesen Industrien das Bild ganz bedeutend von Industrie zu Industrie, und innerhalb einzelner Industrien wiederum wechselt es von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase. Bald tritt Maschinenleistung an die Stelle gelehrter, bald aber umgekehrt an die Stelle ungelerner Arbeiter, so daß zum Beispiel auf dem deutschen Ingenieurtag von 1906 der Generaldirektor Dr. Sechelhauer unter Zustimmung aller Gewährsmänner ausführen konnte, daß wenn man feststellen könnte, welches vor 40, 50 Jahren in der deutschen Maschinenindustrie das Verhältnis der gelehrten zu den ungelerten Arbeitern war, es sich wahrscheinlich für jene Zeit als geringer herausstellen würde als heute, das heißt, daß heute der Procentatz der gelehrten Arbeiter größer sei als damals.“

Aus zweifelhaften Sätzen dieser und ähnlicher Art also setzt sich die Lehre zusammen, die die Sozialdemokratie ihrer gläubigen Anhängererschaft als die „allein richtige“ vorträgt. Die „Genossen“ wollen eben um jeden Preis betrogen sein!

Sie schwindeln herrnäckig weiter.

Vor mehreren Wochen brachten einige sozialdemokratische Blätter einen Schwindelartikel über das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911, worin das tollste Zeug zusammengelogen war. In der Tagespresse und in christlichen Gewerkschaftsorganen sind die direkt unwarzen Behauptungen durch die Leitung der christlichen Gewerkschaften zurückgewiesen worden. Es wurde nachgewiesen, daß der Verfasser des Artikels sich einer Reihe dreier Fälschungen zu erhalten. So stellte er die Gesamtangaben der christlichen Gewerkschaften von 1905 bis 1909 den vorausgabten Unterlagen gegenüber, um auf diese Art einen Selbstbetrug von 8753750 Mark für den betreffenden Zeitraum herauszurechnen. Der jamose „Nischenkünstler“ unterschlug dabei u. a. die „Kleinigkeiten“, daß den Ortsklassen im fraglichen Zeitraum allein 2887365 M. verblieben, weiter, daß nicht weniger wie 1651583 M. für die beruflichen Verbändeorgane ausgegeben wurden. Das alles stempelte der sozialdemokratische Zeilenhinder zu „Verwaltungs-Ausgaben“, um die Arbeiter vor einer erdichteten Mißwirtschaft der christlichen Gewerkschaften gruselig zu machen.

Die öffentliche Wiederlegung dieser Unwahrheiten, die nur als Ausfluß polizeiwidriger Dummheit oder perfider Geisteslosigkeit bezeichnet werden können, erfolgte in den Tagen vom 17. bis 20. Dezember 1910. Und trotzdem heinzen es eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter fertig, noch Wochen nachher denselben Schwindelartikel ihren Lesern vorzulesen. So u. a. die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ am 7. Jan. 1911 die Frankfurter „Volkstimme“ am 12. Jan. 1911 u. Für derartige journalistische Gellogenheiten gibt es keine parlamentarische Bezeichnung. Dieser Presse ist der letzte Rest von Anstand und Ehrlichkeit verloren gegangen. Es ist wirklich schon so weit mit ihr gekommen, daß man sie nur noch durch Berichtigungen auf Grund des Preßgesetzes dazu zwingen kann, der inkonsequenten von ihr vorgewalligten Wahrheit die Ehre zu geben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Hierlohn. Bei der Firma Raffner u. Crone, Hierlohn, stehen die Kettenknechte im Streik.

Diefeld-Herford. Bei der Firma Niebaum u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hülfсарbeiter ausgepart.

Sundern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zutrag von Metallbrüdern, Schleifern und Klempnern ist fern zu halten.

Emmerich. Bei der Firma Reintjes, Maschinenfabrik in Emmerich sind Differenzen ausgebrochen. Ueber den Betrieb wurde die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Remscheid. Die Lohnbewegung in der Fellenindustrie ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Januar 1911 der fünfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1911 fällig.

Die Abrechnung vom 1. Quartal 1910 muß unbedingt bis Ende d. M. von den Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben, eingekandt werden. Die Bezirksleiter werden ersucht, in ihrem Bezirk für pünktliche Abrechnung zu sorgen. Alle Geldendungen sind von jetzt ab mittels Zahlkarte unterm Postfachnummer, Kontonummer 10433, bei dem Postbeamten in Göln zu überweisen.

Die Aufnahmecommission von allen dem Verbandsleitenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Orga-

nisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe anzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Ilfenburg a. S. Auf dem hiesigen, dem Fürsten zu Stolberg-Wernigerode gehörigen Hüttenwerk haben sich im Stahl- und Walzwerk in der letzten Zeit sehr verbesserungsbedürftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herausgebildet, die einzig und allein auf das Fehlen jeglicher Organisation zurückzuführen sind. Schon seit drei Jahren hat unsere Organisation versucht, Eingang zu finden. Diese Bestrebungen hätten auch sicherlich Erfolg gehabt, wenn nicht die Verwaltung der Hütte, deren Chef zugleich Ortsvorsteher ist, uns die Möglichkeit genommen hätte, unsere Ideen in die Arbeitermassen hineinzubringen. Besserer können wir ja nicht, daß uns die Säle auf direkte Anweisung der Hüttenverwaltung verweigert wurden; aber immerhin ist es doch auffällig, daß alle Saalbesitzer, wenn sie um Ueberlassung ihrer Lokalitäten angegangen wurden, stets mit allerhand Ausreden dies verweigerten. Trotzdem die maßgebende Person des Kreises uns schriftlich bekräftigt, daß keinerlei Grund vorliege, uns die Herabgabe der Säle zu verweigern, blieben die Saalhaber bei ihrer Weigerung. Einen Saalbesitzer lernten wir kennen, der jedesmal, wenn wir in der Gaststube auftauchten und den Wirt zu sprechen wünschten, sich verweigern ließ. Die Verhältnisse liegen in Ilfenburg nämlich so, daß der Herr Landrat für diejenigen Leute Verantwortlich ist, die nicht in irgend einer Weise vom Hüttenamt abhängig sind, solche Leute gibts aber hier nur wenige!

Infolge dieser Verhältnisse konnte der christliche Metallarbeiter-Verband bisher kaum Eingang finden; die Arbeitererschaft war daher aber auch nicht in der Lage, Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Am 31. Dezember v. J. wurde den Walzwerkarbeitern eine eigenartige Schreierfreude bereitet, indem ihnen für die nächste Lohnperiode ein ganz enormer Abzug angekündigt wurde. Dem Walzmeister an der Grobstraße wurden 5 % Abzug gemacht, dem Feinwalzern 5 1/2 %, dem Vorwalzer 6 %, dem Hebler 7 1/2 % und den Arbeitern an der Säge 10 1/2 %.

An der Stochwalze wurden dem Vorwalzer 62,3 %, dem Hebler 9 % abgezogen. Den Ofenleuten an der Grobstraße wurden abgezogen: 1. Mann 11 1/4 %, 2. Mann 12 1/2 %, 3. Mann 15 ein Drittel % und den Kohlenjahrem gar 23 %!

An der Feinstraße wurde dem Walzmeister 16 zwei Drittel %, dem 1. und 2. Vorwalzer 20 1/4 %, dem 1. und 2. Walzer je 21 1/2 % abgezogen, dem 1. Ofenmann 162,3 %, dem 2. Ofenmann 20 1/4 %, dem Einseher und Stocher je 25 % abgezogen. Außerdem müssen jetzt die Walzer das Einbauen der Walzen gratis besorgen, wofür sie früher Stundenlohn erhielten, die fremden Arbeiter bekamen dafür die Stunde 50 Pfg., die einheimischen 20 Pfg., da täglich ungefähr 2 Stunden für Umbauen gerechnet werden kann, haben die Arbeiter also schon dadurch einen Minderverdienst von 0,58 M. bzw. 1 M., dazu kommt der Abzug von den Akkordpreisen, der auch bis zu wöchentlich 6 M. betragen wird, so daß die Arbeitererschaft allen Anlaß hat, sich nunmehr geschlossen dem christlichen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit sie in Zukunft derartigen Beglückungsversuchen entschiedenen Widerstand entgegenstellen kann.

Vor der Schilderung der Behandlung, wie sie seitens einzelner Vorgesetzten besteht und besonders vom Obermeister M. gehandhabt wird, sowie auch von einem näheren Einsehen auf die sanitären Verhältnisse wollen wir heute absehen, die Hüttenleute und Walzwerkarbeiter müssen sich organisieren, so viel werden sie nunmehr gelernt haben, dann werden auch diese Dinge ganz von selbst geregelt und gebessert. Darum rufen wir jedem Kollegen zu, sich dem christlichen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, dann werden auch die Arbeiter der Ilfenburger Hütte sich ein besseres Loos verschaffen können.

Mühlhausen (Elsaß). Eines guten Besuches hatte sich unsere Jahresgeneralversammlung am 15. Januar zu erfreuen. Man konnte es den Kollegen ansehen, daß seit einigen Monaten neuer Kampfesmut und neue Begeisterung für unsere Sache bei ihnen eingekehrt ist. Aus dem Jahres- und Kassenericht ging hervor, daß unsere Zahlstelle bis zum 4. Quartal v. J. statt vorwärts, zurückgegangen war. Erst in den Monaten Oktober und November waren wieder Fortschritte zu verzeichnen. Nicht nur auf der Elsaßischen Maschinenbaugesellschaft, sondern auch eine Anzahl Kollegen von der Firma Schutz schlossen sich unserem Verbands an. Die Mitgliederzahl hat sich inzwischen bis zum 15. Januar annähernd verdoppelt. Auch die Agitation unter den jugendlichen Metallarbeitern war von Erfolg. Kurz vor Weihnachten konnten auf eine Eingabe des christlichen Metallarbeiterverbandes hin für die Arbeiter der Elsaßischen Maschinenbaugesellschaft ganz erhebliche Lohnverbesserungen erzielt werden. Leider haben sich die Kollegen dieses Betriebes, in Anbetracht der vielen Erfolge, die der christliche Metallarbeiterverband für sie schon erzielt hat, noch nicht dazu emporgeworfen können, sich in dem Maße dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, wie es ihrer Pflicht schon längst gewesen wäre.

Nach der Vertästerstaltung nahen der anwesende Bezirksleiter Kollege Bäder das Wort. Er warf noch einmal kurz resümierend einen Rückblick auf das vergangene Jahr und dankte den Kollegen, die ihn in den letzten Monaten eifrig bei der Agitation unterstützt hätten. Leider wären es zu wenige Kollegen gewesen, die sich mit in den Dienst der Verbandsarbeit stellten, sonst würden heute noch ganz andere Erfolge zu registrieren sein. Eine Anzahl Kollegen bei der Elsaßischen Maschinenbaugesellschaft

hätte vollständig versagt bei der notwendigen Bearbeitung ihrer indifferenten Kollegen. Kollege Bäder gab noch Winke und Ratsschläge für die Agitation und für den Kampf mit dem Gegner und forderte zur unermüdlichen Weiterarbeit auf. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann wird auch das 1. Quartal 1911 uns einen guten Schritt vorwärts bringen. Die Vorstandswahl zeigte, daß Einigkeit und Geschlossenheit in unserer Zahlstelle herrscht, denn einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Mit der Aufforderung des Zahlstellenvoritzenden Kollege Dreher, im bevorstehenden Jahre eifrig an dem Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten und die Versammlungen zahlreich zu besuchen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Kollegen! „Durch Kampf zum Sieg!“ das sei unsere Losung im Jahre 1911 und in alle Zukunft.

Ulmberg Im wahren Lichte hat sich vor kurzem der Mosttätigkeitssinn der Firma Baumann hier selbst wieder gezeigt. Einer Anzahl Arbeiter, welche dem gelben Gewerkeverein dieser Firma nicht angehören, wurden durch Bezahlung des Weihnachtstages anscheinend die gleichen Rechte, wie den Mitgliedern dieses Vereins eingeräumt. Tags darauf schon wurde ihnen aber bedeutet, daß ein Versehen vorliege und der Betrag am nächsten Zahltag wieder in Abzug komme.

Durch den Rechtschutz unseres Verbandes konnte einem Kollegen, der vor längerer Zeit einen Unfall erlitten hat, eine Erhöhung der Rente um 10 % oder in diesem Falle ein Mehr von 5 M. monatlich errungen werden. Nach 6 wöchentlichem Aufenthalt in einer Heilstätte, war der Kollege für arbeitsfähig erklärt worden; seine Rente wurde ihm darauf seitens der Berufsgenossenschaft um 20 Prozent herabgesetzt. Unser Verband nun ermöglichte aber dem Kollegen die Einholung eines für ihn günstigen ärztlichen Gutachtens, dem dann auch sowohl vom Schiedsgericht in Regensburg, wie auch vom Reichsversicherungsamt in Berlin ausschlaggebende Bedeutung beigegeben wurde. Die Berufsgenossenschaft muß nun dem Kollegen die um 10 % höhere Unfallrente gewähren.

Die Arbeiter des staatlichen Hochofenbetriebes hier selbst klagen in letzter Zeit sehr viel über unregelmäßige Lohnzahlung, schlechte Behandlung und dergleichen mehr. Auch diese Kollegen werden einsehen müssen, daß ihnen alles an ungenügender Stelle nichts helfen kann. Nur eine organisierte Arbeiterchaft ist in der Lage, mit Erfolg gegen Mißstände anzukämpfen und bessere Verhältnisse zu schaffen.

Tarum Kollegen! Halten wir treu zu unserer Organisation. Zeigen wir, daß wir für unsere gerechte Sache, für die Verteidigung unserer Rechte, für das Wohl unserer Familie und unseres Standes auch Opfer zu bringen wissen. Haben wir nicht, bis auch der letzte Unorganisierte als treuer Mitkämpfer in unseren Reihen steht.

Fürth Unsere am 8. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines ziemlich guten Besuchs. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes haben wir hervorgehoben, daß unsere Ortsgruppe im vergangenen Jahre durch Tod, Wegzug u. 9 Mitglieder verloren, andererseits aber wieder 6 Neuaufnahmen zu verzeichnen hat. In Versammlungen fanden statt 9 Mitgliederberatungen und 2 öffentliche. Für letztere hatten die Kollegen Konrad und Döcker von Nürnberg die Referate übernommen. Kollege Belzer erstattete sodann den Kassenbericht. Die hierauf gefällte Vorstandswahl ergab die Wahl der Kollegen: Klammer zum Vorsitzenden, Belzer zum Kassierer, Johann Gerlich zum Schriftführer und Eder und Uchaz zu Beisitzern; zu Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen Eder und Schuberth.

Nachdem dann noch der Kartellvorsitzende, Kollege Schmidt, einige Worte der Anerkennung und des Dankes für die treue Mitarbeit an die frühere Vorstandschafft gerichtet, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, im nun begonnenen Jahre mit aller Energie an der Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes mit zu arbeiten. Frisch vorwärts! müsse jetzt auch für uns in Fürth die Parole sein.

Düsseldorf Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sucht krampfhaft nach etwaigen Brocken, um das Vorwärtsdrängen des christlichen Metallarbeiterverbandes hier in Düsseldorf nach Möglichkeit zu verhindern. Es scheint dies ihre einzige Beschäftigung zu sein. Vor kurzem konnten wir den Herren beweisen, wie verschieden Theorie und Praxis bei den Unterstützungen in ihrer Organisation gehandhabt wird. Sie jarrenieren nochmals auf, doch wir dachten, es ist genug des graufamen Spieles, lassen wir den Jungen laufen. Jetzt kommt die Gesellschaft wieder mit dem Küssel.

Unter der Heberschrift: „Christliche Kompanie“ (Nr. 14 der „Volkstg.“) leitet sich die Leitung dieser Organisation ein neues Stückchen, mit der doppelten Moral Kautskys. Zunächst behauptet man, beide Organisationen hätten über die „Kontrollergesellschaft“ die Betriebsziffer verhängt. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes hat die Verhängung der Sperre als nicht angebracht bezeichnet. Nachdem ihm Mitteilungen über die Verhältnisse der Werkstätte gemacht worden waren und diese als nicht übertrieben angesehen wurden, sandten wir lediglich keine organisierten Kollegen dort hin, da bei den wenigen Kollegen keine Wichtigkeit gegeben war, die Verhältnisse zu prüfen. Die Prüfung der Verhältnisse wurde erst einige Tage später ermöglicht, als der Direktor des Werkes gestattete, nicht allein den Betrieb in Augenschein zu nehmen, sondern auch in jeder Weise bei den dort beschäftigten Arbeitern Erkundigungen einzuziehen. Es ergab sich folgendes:

Mit einem sozialdemokratisch organisierten Arbeiterausschuß hatte die Leitung des Werkes eine Arbeitsordnung ausgearbeitet und den Mindestlohn auf 32 Pfg. (!) festgesetzt. (Der ortsbekannteste Tagelohn beträgt 35 Pfg.) Dies war von dem „Beamten“ Rahm des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für annehmbar befunden worden. (Ein hiesiger Arbeiter!) Auch die Akkordsätze sollten aufgestellt werden. Es kamen jedoch von den Arbeitern Klagen darüber, daß nun die Leitung des Werkes sich nach dieser, vom Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes „beglaubigten“ Arbeitsordnung richtete. Keinem Arbeiter war bekannt, weshalb dort die

Sperre verhängt worden ist. Selbst das im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande organisierte Mitglied des Arbeiterausschusses erklärte: „... mir ist die Ursache der Sperre nicht bekannt. Jeder vorgebrachte Mißstand wird geprüft, und es sind schon eine ganze Reihe von Verbesserungen hier vorgenommen worden.“ Der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes erkundigte sich nach den Akkordsätzen. Diese waren, wie wiederum von dem Arbeiterausschußmitglied bestätigt wurde, teilweise um 25—50 Prozent angehoben. Der Direktor erklärte sich bereit, auch die noch schlecht stehenden Akkordsätze, die zu seiner Kenntnis gebracht würden, aufzubessern. Man mußte noch der unter Anerkennung der sozialdemokratischen Verbandsleitung vereinbarte Stundenlohn erhöht werden. Auch dies gelang. Der garantierte Stundenlohn wurde auf eine wenn auch nicht voll befriedigende, so doch vorläufig annehmbare Höhe von 40 Pfg. pro Stunde gebracht. Wer mehr verdient, soll einen höheren Stundenlohn erhalten. Sollte nun die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes eine Sperre anerkennen, die nicht gerechtfertigt erschien. Selbst sozialdemokratisch organisierte Arbeiter erlaubten diesen Widerspruch an.

Doch noch eins. Wir erinnern uns eines anderen Falles. Im vorigen Jahre auf der Eisen- und Drahtindustrie spielte sich ab. Sämtliche Arbeiter der Reparaturwerkstätte hatten die Kündigung wegen einer einzig dastehenden Art der Bestrafung eingereicht. Die Organisationsleiter beider Verbände versprachen, keine organisierten Dreher und Schlosser hinzuzulassen. Man beschloß die Sperre der Reparaturwerkstätte. Die Arbeiter hatten den Betrieb noch nicht verlassen, da wurde von ihnen schon festgestellt, daß ein sozialdemokratisch organisierter Dreher angefangen hatte. Man holte ihn nicht aus dem Betrieb heraus. Nachdem die gekündigten Arbeiter die Werkstätte verlassen hatten, war sie auch schon besetzt. Man hatte die vorhandenen arbeitslosen Schlosser und Dreher dort hingelockt. „Es könne nur eine Gefühlsache sein, den Kollegen beizustehen“, redete man sich von sozialdemokratischer Seite heraus und ließ unbeteiligte Arbeiter, Drahtzieher usw. über die Aufhebung der Sperre abstimmen.

Wie steht es denn mit der hiesigen „Baugesellschaft“? Dort ist noch immer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des Tarifs der Elektronenmonteure. Nun sind aber 6—8 Monteur, alle organisiert in „freier“ deutscher Metallarbeiterverband, dort angefordert tätig. Hier erübt die eigene sozialdemokratische Organisation Sperrebruch. Sonderbare Handlungsweise! Einerlei, man versteht sich zu rüthen.

Nieglberg (Saar). Am Sonntag den 15. Jan. fand die jährliche Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Der Vorsitzende, Kollege Sauer, berichtete über den Stand unserer Zahlstelle; danach hat sich unsere Mitgliederzahl im vergangenen Jahre mehr als verdoppelt und in der zweiten Hälfte des Monats Dezember hatten wir allein schon 22 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Diesen schönen Erfolg verdanken wir vor allem der in Angriff genommenen Hausagitation und diese soll jetzt weiter betrieben werden. Unser Kassierer, Kollege Volz, erstattete sodann den Kassenbericht, welcher von den Revisoren und der Generalversammlung als einwandfrei befunden wurde. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Sauer-Buchenschachen zum 1. und Haber-Deusweiler zum 2. Vorsitzenden, Klein-Hiltschbach zum Schriftführer, Grimm-Riegelsberg zum Kassierer, Hammer-Guidenbach und Dupert zu Hiltschbach zu Kassierern und Franz Wernet und Wilh. Volz zu Revisoren. Zu Punkt Verschiedenes wurde dann beschlossen, am 12. Februar einen Familienabend abzuhalten, um auch die Frauen für unsere Gewerkschaftsache zu interessieren. — Und nun, Kollegen der Zahlstelle Nieglberg — auch in diesem Jahre muß die Parole lauten: „Vorwärts!“

Quierschied (Saar). Am Sonntag den 15. ds. Mts. hielt die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Schneider eröffnete dieselbe mit einer kurzen Begrüßungsansprache und erstattete den Jahresbericht. Er hob hervor, daß die Zahlstelle, welche erst im Anfang vorigen Jahres gegründet wurde, sich ganz gut entwickelt habe. Die letzte Hausagitation brachte einen Mitgliederzuwachs von 30 Kollegen. Ferner dankte er allen Vorstandsmitgliedern für ihre Mitarbeit, sowie auch den übrigen Kollegen, die ebenfalls opferfreudig im verflossenen Jahre mitgearbeitet haben. Von besonderem Wert für unsere Zahlstelle sind die Vertrauensmänner, wenn diese auf ihrem Posten sind, dann wird es auch im neuen Jahre vorwärts gehen.

Im verflossenen Jahre sind 12 Mitglieder, 6 öffentliche Versammlungen und 10 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Der Besuch derselben muß im kommenden Jahre noch besser werden. Durch die Schaffung des Unterkartells in Quierschied hat die christliche Gewerkschaftsbewegung am Orte eine wertvolle Stütze erhalten. Im Unterkartell stellen die Metallarbeiter den Kartellvorsitzenden. Die Jahresbilanz ist folgende: 738,35 M. Einnahme, 58,69 M. Ausgabe. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Anstelle des Kassierers Kollege Kettenhofen, der als Sekretär im Verbandsamt angestellt wurde, wurde Kollege Gustav Naumann gewählt. Nachdem Kollege Kettenhofen noch einige Anregungen über Kassenführung und Revision gegeben hatte, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen. Kollegen von Quierschied: Auf zu neuer, erfolgreicher Arbeit!

**Soziales.
Heimarbeiter.**

Während die sozialpolitische Gesetzgebung schon seit Jahrzehnten erfreuliche Erfolge in der Hebung der minder bemittelten Volksklassen aufzuweisen hat, ist die Schaar der Heimarbeiter immer noch gewissermaßen ein Nebenprodukt dieser Beziehung. Es würde zu wenig auf die Klagen des Heimarbeiterkammergebietes eingegangen, wenn man nicht auch von dem jähren Märchen der glücklichen Familie, die in stiller Bescheidenheit bei ihrer häuslichen Arbeit am Fiedel sitzt und in voller Zufriedenheit daheimbleibt.

Erst im Jahre 1901 trat man mit dem ersten Heimarbeiterkongreß der Frage der gesetzlichen Regelung der

Heimarbeiter, wenn auch zögernd, näher. Damals gaben Sozialreformer die Anregung zu einer Heimarbeiterausstellung, die denn auch im Januar und Februar 1906 in Berlin veranstaltet wurde. Da gingen vielen, die dieser Frage bisher noch kein Interesse abgewinnen konnten, die Augen auf; sie erkannten, in welcher namenlosem Elend Millionen dahinsinken. Die Folge war ein Regierungsentwurf für ein Hausarbeitsgesetz, das dem Reichstage im Jahre 1907 vorgelegt wurde, das aber infolge des Reichstagsstillschusses un erledigt blieb. Im Februar vorigen Jahres wurde dem Reichstage ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt, und sofort wurde er von allen Parteien des Hauses mit Eifer aufgegriffen. Hatte sich schon bei dem ersten Gesetzentwurf die Hauptfrage darum gedreht, ob etwas Wesentliches an der Notlage der Heimarbeiter gebessert werden könnte, ohne daß von Gesetzes wegen in die Lohnregelung durch die Schaffung von Lohnämtern eingegriffen würde, so konzentriert sich jetzt wieder das Hauptaugenmerk auf diesen Punkt, zumal die Regierung, die schon bei dem ersten Entwurf geäußerten Wünsche nach Lohnämtern in dem neuen Entwurf nicht berücksichtigt hatte.

Mit der Vorbereitung der Lohnämter für die Heimarbeiter beschäftigte sich auch der zweite Heimarbeiterkongreß, der am 12. Januar in Berlin zusammentrat. Daß die Fürsorge für die Heimarbeiter weitere Kreise interessiert, konnte man aus dem zahlreichen Besuch durch Parlamentarier und Personen, die inmitten des sozialen Kampfes stehen, erkennen. Der Heimarbeiterkongreß brachte auch seinerseits in einer Resolution die Wünsche der Heimarbeiter zum Ausdruck: er heißt zwar den dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf im großen und ganzen gut, wünscht aber, daß auch die Verbesserungen, die die Kommission an ihm vorgenommen hat, erhalten bleiben. Der Staat soll anstelle der hier noch verfallenden Kraft der Organisation mit seinem Schutz eintreten. Es ist ja klar, daß eine Organisation der Heimarbeiter gegenüber der Ausbeutung gewissenloser Arbeitgeber nichts vermöchte; denn durch die Not gezwungen würden sich immer wieder Arbeitskräfte finden, die, wenn es die anderen nicht tun, für den angebotenen Hungerlohn arbeiten würden. Da kann nur die staatliche Gesetzgebung durch Schaffung von Lohnämtern und Ueberwachung der Heimarbeiter tatkräftig und helfend eingreifen.

Diese Gedanken brachte Professor Adolf Wildbrandt in seinem Vortrag über das dem Reichstage vorliegende Hausarbeitsgesetz wirkungsvoll zur Geltung; ohne die gesetzlichen Lohnämter werde es in der Hauptsache wirkungslos bleiben müssen. Die dagegen vorgebrachten Bedenken hielt so wohl er wie auch Freiherr v. Berlepsch, der in der Diskussion redete, für nicht durchschlagend. Der Staat habe längst in die Freiheit des privaten Arbeitsverhältnisses eingegriffen und sei die Einführung von Lohnämtern in der Heimarbeitsindustrie keinesfalls der Anfang einer allgemeinen staatlichen Regelung des Lohnes. Eine solche sei überhaupt ein Unding, diese müsse den Organisationen überlassen bleiben. Folgende Entschliebung wurde angenommen:

1. Für das Hausarbeitsgesetz: Einführung der allgemeinen Registrierpflicht, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Durchführung eines sanitären Schutzes, Beschränkung der Ausgaben auf die dringendsten Fälle, Abführung der Uebergangsdokumente, allgemeine Einführung der Abrechnungsbücher, obligatorischer Aushang von Lohnzetteln, Entschädigung für unverschuldete Zeitverjahrung bei Fehlen oder Bringen von Arbeit.
2. Für das Arbeiteramergesetz: Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit. Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine.
3. Für die Reichsversicherungsordnung: Ausdehnung der Versicherungspflicht für alle Heimarbeiter, nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung. Zum Schluß wird ausgeführt: Der deutsche Heimarbeiter gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann und erwartet deshalb von Bundesrat und Reichstag, daß diese seine Resolution bei den Beratungen und Beschlüssen volle Berücksichtigung findet, und daß die auf die Heimarbeit bezüglichen Gesetze noch in dieser Session des Reichstages verabschiedet werden.

Jedenfalls haben auch die Verhandlungen dieses Heimarbeiterkongresses gezeigt, daß für die bebauenswerten Opfer des Schicksals und menschlicher Ausbeutungsjucht etwas geschehen muß, und so ist zu hoffen, daß der Reichstag, in richtiger Würdigung der tatsächlichen menschlichen und würdigen Verhältnisse in der Heimarbeit noch in dieser Session das Gesetz verabschiedet und ihm eine Gestalt gibt, die den nur geringfügigen Wünschen der Heimarbeiter gegenüber einem rücksichtslosen Unternehmertum gerecht werden

Zur Frage der Arbeitskammern.

Zu der letzten Zeit durchlief eine Notiz einen Teil der Tagespresse, wonach ein Scheitern der Arbeitskammergesetzentwürfe bei den in Frage kommenden Stellen sozial wie ausgemachte Sache sei. Niemand, so jucht die fragliche Notiz glauben zu machen, begeisterte sich noch ernstlich für die Arbeitskammern. — Offenbar haben also nach der zweiten Lesung des Gesetzes die bekannten einflussreichen Kreise ihre Scharfmacherarbeit mit doppeltem Nachdruck weiter betrieben. Es ist ja bekannt, daß die Scharfmacher dieses Gesetz in Hauch und Hogen verwerfen — aber das ist doch kein Grund für die beiden entscheidenden Faktoren unserer Gesetzgebung, das Gleiche zu tun.

Bekanntlich richtete die Regierung ihren Widerstand in der Hauptsache gegen zwei Punkte, die die Kommission in die Vorlage hineingebracht hatte und die auch der Reichstag in zweiter Lesung glatt annahm: Die Entziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter und die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre.

Bei der Erörterung über die erste Frage stritt man nun hin und her darüber, ob der § 6 der Gewerbeordnung auf die Eisenbahnwerkstättenarbeiter Anwendung finde oder nicht. Eine alte Streitfrage, die doch schließlich nur durch die gesetzgebenden Körperschaften selbst aus der Welt geschafft werden kann. Es kommt aber auch gar nicht darauf an, ob man in der oben erwähnten Doktorfrage die oder jene Auffassung vertreten will. Ob man die Staatsarbeiter oder einen Teil derselben in die Arbeitskammern

mit einbezogen will, ist lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit, die Frage nämlich, ob es zweckmäßig ist, den tatsächlichen Werkstättenarbeitern eine Interessenvertretung im Rahmen der Arbeitskammern zu geben. Die Regierung erachtet diese Frage rundweg. Sie vertritt den Standpunkt, daß die Staatsarbeiter eine Interessenvertretung durch Organisation u. d. g. gar nicht nötig hätten, weil der Staat ja ausreichend und väterlich für sie Sorge. Sie scheint Fiskus, Bureaucratismus und väterliche Fürsorge demnach für identische Begriffe zu halten.

Aber auch noch ein anderer Gesichtspunkt macht die Stellungnahme der Regierung unbegreiflich. Im Interesse des öffentlichen Verkehrs heißen die Eisenbahner nur ein beschränktes Koalitionsrecht — das Streikrecht, die Hauptwaffe, ist ihnen im Interesse des Gemeinwohles genommen. Demnach wäre es also nur gerecht und billig, diesen Arbeitern vor allen die Möglichkeit zu geben, in den Arbeitskammern ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. — Vielleicht folgt die Regierung deshalb auch der Anregung des christlich-nationalen Staatsarbeiterkartells und schafft für diese Arbeiterkategorie wenigstens eine Art Erbschaftskasse für die Arbeitskammern.

Und nun die Frage der Arbeitersekretäre. Der Grund, der die Schaffung bestimmt, diese aus den Arbeitskammern fernzuhalten, ist ja leicht ersichtlich. Gegenüber abhängigen Arbeitern sind sie die Herren der Situation; ganz anders aber wird die Sache, wenn ihnen der mit größerer Sachkenntnis gerüstete unabhängige Arbeitersekretär gegenüber steht, der nicht ohne weiteres zu ihren Befehlshabern ja und Amen zu rufen braucht. Die Segenshaft dieser Herren ist also nichts anderes, wie der Ausfluß des herrschlichsten Klassenegoismus. Man wehrt sich mit Händen und Füßen gegen diese indirekte Sanktion der Arbeiterorganisationen durch den Gesetzgeber. Und doch hat selbst ein Bredel sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Arbeiterorganisationen nun einmal nicht aus der Welt ignoriert werden können; sie bringen sich und ihre Macht zur Geltung, so oder so. Ist es aber vernünftig, gegenüber dieser Tatsache die Augen einfach zu verschließen. Man weiß es, daß die organisierten Arbeiter bei wichtigen Anlässen niemals eine Entscheidung treffen werden, ohne sich zuvor mit ihren Führern ins Benehmen gesetzt zu haben — daß also der Einfluß dieser Führer schlechthin nicht auszuschalten ist. Verweigert man nun den Führern den Eintritt in die Kammern, so werden die Verhandlungen nur unnütz verzögert und erschwert. Gindert man die Führer, ihre Gründe für den von ihnen verfolgten Standpunkt an der dafür maßgebenden Stelle darzulegen, drängt man sie in die Rolle von Souffleuren, so kann dies keinesfalls zur Hebung der Verhandlungen beitragen.

Aber, so wendet man uns ein, die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß ihre freigestellten Agitatoren in die Kammern einziehen. Diese werden, wie überall wo sie eingebunden, an erster Stelle nicht soziale Verbesserungsarbeit leisten, sondern die Kammer für ihre demagogische Agitation nach Kräften auszunutzen suchen — und daß ist doch keinesfalls der Zweck der Arbeitskammern. — Demgegenüber muß doch daran festgehalten werden, daß die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft schlechthin doch noch lange nicht identische Begriffe sind. Die überwiegende Mehrheit unserer deutschen Arbeiterschaft steht nicht auf dem Boden des Klassenkampfes und die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen werden sich bei der in der Vorlage vorgesehenen Verhältniswahl schon zur Geltung zu bringen wissen.

Nun befürchten aber ganz ängstliche Gemüter, bei der vorgesehenen Verhältniswahl und der allenfalls zu erreichenden Zulassung von Arbeitersekretären in beschränkter Anzahl würde es häufig vorkommen, daß diese beschränkte Anzahl von Arbeitersekretären von der gerade mitbestimmten roten Seite vorab genommen werden müßte. Daß also auf diese Weise von sozialdemokratischer Seite gerade die freigestellten Agitatoren und von den nationalen Organisationen doch nur die im Arbeitsverhältnis stehenden Kandidaten in die Arbeitskammern einbezogen würden. — Diese Möglichkeit, geben wir zu. Sie ist aber nicht gegen die Zulassung der Arbeitersekretäre zu sein. Solche Möglichkeiten lassen sich ganz gut vermeiden durch entsprechende Bestimmungen, die sich in dritter Ordnung ohne Schwierigkeit in das Gesetz hineinverarbeiten lassen.

So ein Bredel, da ist auch ein Weg! Hoffen wir also, daß die Regierung allen Fiskus- und Schatzkammern zum Trotz das Gesetz nicht scheitern lassen wird. Lange hat die deutsche Arbeiterschaft auf Bewirklichung dieses Teiles der kaiserlichen Verfassung gewartet. Möge man deshalb die Arbeitskammern nun auch so gestalten, daß sie den Namen „Sozialer Friedensinstitution“ rechtfertigen und daß sie als solche auch für die deutsche Arbeiterschaft wirksam werden. Das werden sie aber nur dann, wenn man den Arbeitern ihr gutes Recht, die Männer ihres Vertrauens, in diese Institution zu entsenden, nicht vorenthält.

Alkoholmißbrauch und öffentliches Interesse.

Trotzdem der Alkoholmißbrauch mit seinen verwerflichen Folgen nicht nur in das Privatleben des einzelnen ihren ungeliebten Einbruch hat eingedrungen, sondern seine abstoßenden Wirkungen gar häufig auch an die breite Öffentlichkeit dringt, hat doch seine Bekämpfung bisher das öffentliche Interesse noch nicht in genügendem Maße gefunden. Gleichgültig ist die Sache des Verzehrs alkoholischer Getränke noch immer bei uns geblieben. Sind es doch nicht weniger als etwa 300 Millionen Mark, die alljährlich allein in Deutschland für alkoholische Getränke ausgegeben werden, eine Summe, die die gesamten Ausgaben für Land- und Marine, für Arbeiterversicherung und Volkshilfsvereine zusammengenommen weit übersteigt. Ihr gegenüber haben wir Ausgaben für gleich 180 Millionen, für 190 Millionen Mark, für Gebirge und Brot 100 Millionen Mark. Und selbst man könnte fragen: Wozu sollen diese Ausgaben zusammenkommen, wenn man sich auf den Kopf der Bevölkerung alljährlich 120 Liter Bier?

Diese Zahlen würden wohl die Beachtung der Öffentlichkeit finden. Im Interesse der Öffentlichkeit liegt die Bekämpfung und geistige Befreiung des einzelnen, der Familie,

des Staates. Dieser Wohlfahrt kann dieser gewaltige Alkoholkonsum nicht zweckdienlich sein. Es sei nur daran erinnert, wie der Arzt einen engen Zusammenhang des Alkoholmißbrauchs mit Krankheiten des Herzens, der Nerven, der Nieren usw. nachweist; namentlich jedoch bildet der Zusammenhang zwischen Alkohol und Tuberkulose ein anschauliches Kapitel, das die Deutlichkeit deutlich auf den Feind aller Volkswohlfahrt hinweist. Dazu gesellen sich die sittlichen Schädigungen des Alkoholmißbrauchs. Die besonders große Zahl der Straftaten am Sonntag und im Wirtschaften zeigen den Zusammenhang zwischen Alkohol und Verbrechen; tiefer ergreifend aber sind die Folgen des Trunkes für das Familienleben des Trinker.

Denken wir nun auch weiter daran, wie diese Folgen des Alkoholmißbrauchs auf die großen öffentlichen Lasten, insbesondere auf dem Armenrat der Städte, drückend einwirken müssen! Allein für Hamburg sind die Kosten, die die Trinker dem Staate 1901 machten, auf 1 Million Mark berechnet worden. Und dabei sind solche Zahlen sicher in Wirklichkeit noch weit höher. Wie groß mögen erst die indirekten Ausgaben sein, z. B. für infolge Trunksucht der Eltern verwaistete Kinder in Zwangserziehung usw.! Die Deutlichkeit hat also allen Grund, ihr Interesse auch dieser traurigen Erscheinung des deutschen Volkslebens zuzuwenden.

Es ist schon manches besser geworden, und daß dem so ist, verdanken wir namentlich den zahlreichen, der Abstinenz und der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs dienenden Verbänden, die nicht nur Aufklärungsarbeit verrichtet haben, sondern zum Teil auch recht nachdrücklich die Trinkerrettungsarbeit aufgenommen haben. Auch die Landesversicherungsanstalten sind in dieser sozialen Betätigung nicht zurückgeblieben. Im einzelnen die zu leistende Arbeit zu schildern, würde zu weit führen. Nur sei daran erinnert, daß, worauf die „Sittlichen Nachrichten“ der Landesversicherungsanstalt Hannover (Nr. 4) jedoch mit Recht hervorheben, als ein ganz hervorragendes Mittel in der Bekämpfung des Alkoholismus sich die Musik- und Singschulen für Alkoholtrinker bewährt haben. Gerade dadurch wird das öffentliche Interesse in hervorragendem Maße der Frage der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zugewandt, und schon dieser Umstand rechtfertigt ihre Einrichtung. Bei der Errichtung solcher Stellen werden die Landesversicherungsanstalten der einzelnen Provinzen gern behilflich sein.

Briefkasten.

Kollege J. S., Würzburg. Das Invalidenversicherungsrecht bestimmt in § 145 u. a.: „Begeben sich Versicherte in das Ausland, so sind sie berechtigt, die Versicherung dort fortzusetzen; sie haben dabei Marken derjenigen Versicherungsanstalt zu verwenden, in deren Bezirk sie zuletzt beschäftigt waren oder sich aufhalten haben.“ Die Unwirtschaftlichkeit kann also auch im Auslande aufrecht erhalten werden. — Rente kann jedoch allgemein nur im Inlande bezogen werden; außerdem noch in solchen Grenzgebieten und auswärtigen Staaten, für die der Bundesrat dies ausdrücklich beschloffen hat.

Gelbeinläufe bei der Hauptkasse.

Berichtigung: Bei den in der letzten Nr. veröffentlichten Gelbeinläufen muß es heißen statt: Schwelm-Gewerksberg 1760 Mt. Sagen 1750 Mt.

Storbekannt.

Hamm (Weiß). Am 15. Januar starb unser Kollege Heinrich Knipf, Drahtzieher, im Alter von 46 Jahren infolge Lungenerkrankung.

Münsterberg. Am 19. Januar starb unser langjähriger Verbandskollege Johann Stauffer im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amerl - St. Anton. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr: Generalversammlung. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Barmen. Freitag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Lindermann, Oberbörsen 59. Vertrauensmänner- und Vorstandssitzung. Samstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Lindermann, Oberbörsen 59, Generalversammlung.

Bockst. Sonntag, den 5. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr: Versammlung in der „Stadt Münster“.

Buchheim. Sonntag, den 29. Januar vormittags 11 Uhr: Generalversammlung bei Peter Buch. Jahresbericht, Vorstandswahl, Vortrag eines auswärtigen Redners.

Cleve. Sonntag, den 29. Januar, morgens 11 Uhr: Versammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus bei Pauls.

Duisburg. (Ordnungsamt.) Sonntag, den 29. Januar nachm. 4 Uhr im Lokale Jüdel, Friedr.-Wilhelmsplatz, Jahres- und Generalversammlung. An diesem Tage darf in keiner der angeschlossenen Hallen Mitglieder-Versammlung stattfinden.

Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 29. Jan., vorm. 11 Uhr: Generalversammlung im Lokale Schüller, Künstlerstraße.

Düsseldorf-Oberbiff. Sonntag, den 29. Januar vormittags 11 Uhr: Bezirksversammlung im Lokale Jüdel, Cölnerstraße, am Markt.

Düsseldorf-Ratingen. Sonntag, den 29. Januar, Festversammlung aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens der Ortsgruppe Ratingen. Referent: Kollege Lemke.

Düsseldorf, Klempner und Zuckergasse. Mittwoch, den 1. Februar abends 7 1/2 Uhr: Brancherversammlung im Lokale Sander 17 und Klempnerstraße 64.

Düsseldorf. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Paulshauses, Lützenstr. 26. Generalversammlung der Verwaltungsstelle. Tagesordnung: Jahres- und Quartalsbericht, Renzual der ausstehenden Vorstandsmitglieder,

Karteabgelegte, Mitglieder zum sozialen Ausfluß, Beratung geistlicher Anträge, sonstige Angelegenheiten. Die Mitglieder werden erbeten pünktlich und vollständig zu dieser, für die weitere Entwicklung äußerst wichtigen Veranstaltung zu erscheinen.

Eisenach. Samstag, den 11. Februar abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in der Stenba.

Essen-Völkrop. Donnerstag, den 2. Februar nachm. 5 Uhr: Versammlung mit Familienangehörigen.

Essen-Ordnungsamt. Sonntag, den 29. Januar vormittags 11 Uhr findet im großen Saale des Vereinshauses Eisen-W. Unterpoststraße, mehrere diesjährige Generalversammlungen statt. Tagesordnung: Bericht über das 4. Quartal, Jahresbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes. Mitgliedsbuch muß am Eingang vorangelegt werden.

Esslingen. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr im Lokal „Alte Krone“ jährliche Generalversammlung. Es darf kein Kollege fehlen.

Fischbach (Saar). Sonntag, den 29. Januar nachm. 3 1/2 Uhr öffentliche Versammlung des Unterkarlsfelder Fischbach bei Jakob Kraus, Ref. Sekr. Dattmich-Saarbrücken. Freie Aussprache.

Geisweid. Sonntag, den 5. Februar nachm. 8 1/2 Uhr: Generalversammlung mit Vortrag des Koll. Gierk-Siegen. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Geisenkirchen-Neustadt. Samstag, den 28. Jan., abends 8 Uhr bei Orten.

Geisenkirchen-Schalke. Sonntag, den 29. Januar, vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Geisenkirchen-Rulmske. Sonntag, den 29. Jan., abends 6 Uhr Versammlung mit Frauen bei Lutz.

Glabbeck. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr bei Nordport (Christl. Gewerkschaftshaus).

Günningfeld. (Zechenmetallarbeiter.) Sonntag, den 29. Jan., nachm. Familienfeier bei Dahrendorf.

Schwab-Gümbel. Sonntag, den 5. Februar vorm. 10 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Quano. Vereinshaus.

Samm (Ordnungsamt). Sonntag, den 29. Jan., vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Seiffeld, Heißstraße.

Sasse. Sonntag, den 29. Jan., nachm. 5 Uhr: Generalversammlung.

Hannover. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: Abrechnung, Geschäftsbericht, Neuwahl des Vorstandes, Lokalfrage und Verschiedenes.

Hort-Gieseler. Sonntag, den 29. Januar abends 7 Uhr: Versammlung bei Wüppers.

Hedderheim. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 4 Uhr: Generalversammlung im Kaiser Hof. Rechenschaftsbericht, Vorstandswahl. Der Bezirksleiter wird anwesend sein. Zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Hoben. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 5 Uhr beim Wirt Lambert Hink in Schilt Generalversammlung.

Hattigen. Mittwoch, den 1. Febr., nachm. 6 1/2 Uhr: Versammlung bei Diergardt, Heiden.

Jugosladt. Sonntag, den 5. Februar, vorm. 10 Uhr im Vereinshaus Generalversammlung; Jahres- und Kassenbericht, Beschlusfassung über Einführung einer monatlichen Lokalordnung, als Pflichtbeitrag neben den bestehenden monatlichen Lokalbeitrag, Neuwahl des Vorstandes und Verschiedenes. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht jeden Mitgliedes!

Kiel. Sonntag, den 28. Jan., abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Zum Landhaus“ Generalversammlung. Jahresabrechnung und Neuwahl des Vorstandes.

Langendreer-Werne. Sonntag, den 5. Febr., nachm. 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Wasmann.

Lüdenscheid. Die Versammlungen finden in Zukunft beim Wirt Diemer, Wilhelmstraße, jeden 1. Samstag im Monat statt. Nächste Versammlung 4. Februar.

München. Samstag, den 28. Jan., abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Leopoldstadt“ Sennfelderstr. 114, Generalversammlung. Rechenschaftsbericht (Bezirk Trier). Sonntag, den 5. Februar, abends 8 Uhr im „Stern“ jährliche Generalversammlung. Vorstandswahl. Wichtige Tagesordnung.

Münsterberg. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr im Geiellenhofs Generalversammlung.

Oberhausen (Hld.). Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Kemmerling. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr Unterrichtskurs bairisch.

Oggersheim. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr in den „Drei Kronen“ Generalversammlung mit Neuwahl. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Ope. Donnerstag, den 2. Februar nachm. 4 Uhr: Generalversammlung im Gasthof zum Schwan. Alle erscheinen.

Düchtige Schlosser
für Reparatur und Aufstellung von Enfschloßern sofort geübt. Nähere Auskunft durch die Hauptgeschäftsstelle des christl. Metallarb. Verbandes in Duisburg, Seitenstr. 19

flugzettel :: :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut - Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Drucksachen
feiern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zustellung per Postpaket
:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::
Ego vom Niederrhein, Duisburg.